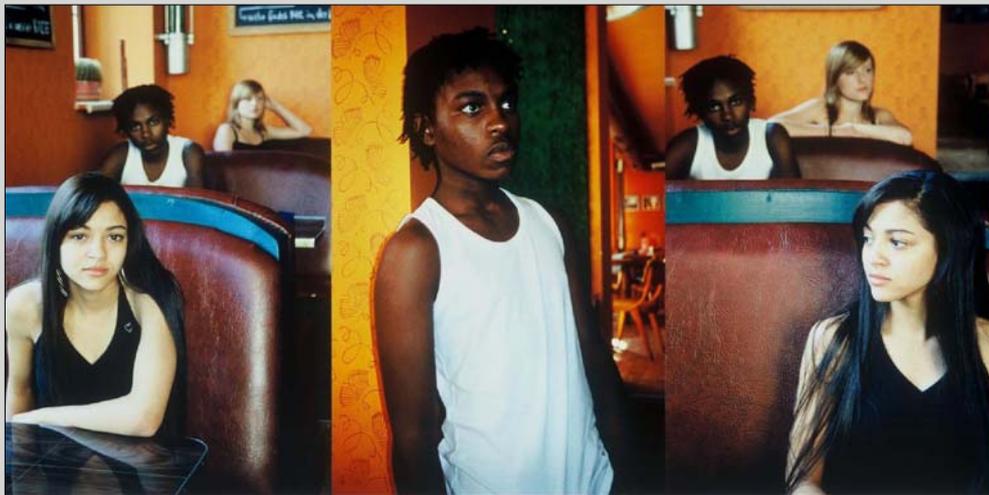


Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz



Auswertung der Sachberichte
zur Förderperiode 2005

Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“

- An 865 Maßnahmen und Veranstaltungen nahmen etwa 86.000 Personen teil, wobei ca. 11.600 als Multiplikatoren angesprochen wurden.
- Mit einem Finanzvolumen von 1.129.860 Euro wurden insgesamt 76 Projekte gefördert. 18 dieser Projekte, vom Landesprogramm mit 370.476 Euro gefördert, erhielten zusätzliche finanzielle Unterstützung aus den Bundesprogrammen CIVITAS und ENTIMON in Höhe von 1.121.62 Euro. In Sachsen wurden so insgesamt rund 2.251.000 Euro für die Arbeit gegen Rechtsextremismus eingesetzt.
- 53 Prozent der Finanzmittel waren mit den zwölf größten Projekten gebunden, denen jeweils mehr als 30.000 Euro zur Verfügung standen. 24 Projekte konnten mit Mitteln im Bereich von 10.000 Euro bis 20.000 Euro wirtschaften, 40 Kleinprojekten standen jeweils weniger als 10.000 Euro zur Verfügung.
- Die 2001 durch das Bundesprogramm CIVITAS für die Arbeit gegen Rechtsextremismus initiierten Strukturprojekte (Mobile Beratungsteams, Netzwerkstellen und Opferberatung) wurden über das Landesprogramm 2005 mit 297.804 Euro gefördert.
- Bei den vorgenannten Strukturprojekten wurden vorrangig die Kosten für rund 20 Personalstellen gefördert.
- Im Gegensatz zu den Strukturprojekten baute ein Großteil der durch das Landesprogramm geförderten Projekte auf bestehende Personalstrukturen auf. Dies war vor allem bei den geförderten Kommunen, aber auch bei Trägern der Jugendhilfe, etablierten Vereinen und Stiftungen der Fall. Zudem wurden gezielt ehrenamtliche Mitarbeiter in die Projektarbeit eingebunden.
- Die vergebenen Fördermittel und die Anzahl der geförderten Projekte konzentrierten sich insgesamt im Regierungsbezirk Dresden sowie in den Städten Leipzig und Dresden. Im Regierungsbezirk Chemnitz wurde nur eine vergleichsweise geringe Zahl von Projekten beantragt und gefördert.
- Die zentrale Zielgruppe der Projektträger waren Jugendliche und junge Erwachsene. Andere gesellschaftliche Gruppen (Kinder, Ausländer, Behinderte, alte Menschen) wurden deutlich seltener angesprochen.
- Thematisch konzentrierten sich die Projektträger auf die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Strukturen und Tendenzen. Präventive Zugänge, die ein Grundverständnis der streitbaren Demokratie vermitteln und Partizipationsmöglichkeiten aufzeigen, standen eher im Hintergrund.
- Die Entwicklung einer nachhaltigen Projektstruktur und ein aktives Qualitätsmanagement war nur in einzelnen Fällen zentraler Bestandteil der Projektarbeit.

Vorwort

„Ausländerfeindlichkeit bei Abwesenheit von Ausländern“ – es existieren bedenkliche Phänomene, wenn man sich mit Meinungen und Einstellungen der Menschen in Sachsen befasst. Ausländer nahmen ihnen Arbeitsplätze weg, Ausländer beeinflussten ihren Alltag. Nicht wenige Sachsen stimmen solchen Aussagen zu, wenn Demoskopien sie befragen, obwohl der statistische Ausländeranteil gerade einmal zwei Prozent beträgt.

Dies ist nur ein Beispiel für die Vielzahl an Problemen, die es in der Konzeptionsphase des Landesprogramms zu berücksichtigen galt. Am Ende dieser ersten Phase hatte das Landesprogramm einen Namen. Es ging um Weltoffenheit, also gerade das Verhältnis der Sachsen zu ausländischen Mitbürgern oder Mitbürgerinnen mit Migrationshintergrund. Es ging um Toleranz, vor allem anderen Lebensentwürfen gegenüber, Toleranz aber auch gegenüber Menschen mit Behinderungen. Und es ging um Demokratie, weil in vielen sächsischen Köpfen demokratische Entwicklungen eben nicht – wie nach 1945 im Westen – mit positiver wirtschaftlicher Entwicklung verbunden waren. Drei Schwerpunkte der Arbeit für das neue Landesprogramm, das so den Titel „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ bekam.

Die von Vielen zu Beginn geteilte Befürchtung, dass nur wenige Projektträger vom Programm wussten und somit kaum Anträge gestellt werden würden, erfüllte sich nicht. Förderanträge von insgesamt 5,5 Millionen Euro gingen ein, 1,2 Millionen Euro konnte der vom Ministerpräsident eingesetzte Beirat vergeben. Bis Ende des ersten Quartals 2006 waren dann auch die meisten der Fördermittel umgesetzt.

Der hier vorliegende Bericht basiert auf den Sachberichten der Projektträger. Er will und soll zusammentragen, was, wie, wo, von wem und mit wem gemacht wurde. Der Bericht hat die Aufgabe, Informationen zusammenzutragen und in Verbindung zu bringen, nicht jedoch die Aufgabe, die Arbeit des Beirates und der Träger zu bewerten – dies erfolgt erst mit der Evaluation 2006, die sich auf die Beobachtung laufender Projekte konzentriert und eben nicht auf Sachberichte.

Der Dank an dieser Stelle gilt den neun Mitgliedern des Beirates zum Landesprogramm, die sich allesamt ehrenamtlich engagiert haben.

Die Ergebnisse dieses Berichtes werden zusammen mit den Evaluationsergebnissen 2006 in die derzeit zu erstellende Förderrichtlinie einfließen.

Dresden, 25. Oktober 2006

Andreas Beese
Koordinator Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Programmziele	8
2.1	Bürgerschaftliches Engagement.....	8
2.2	Thematisierung und Aufklärung	10
2.3	Wertevermittlung	13
2.4	Vernetzungsarbeit	15
2.5	Opferarbeit	17
2.6	Qualifizierung von Multiplikatoren	19
3	Kriterien	22
3.1	Motivation für Projekte	22
	Rechte Bedrohung	22
	Wahrnehmung von (latenter) Fremdenfeindlichkeit	23
	Gegen das Vergessen / Akzeptanz der Kulturen	23
	Soziale Kompetenzen	24
	Beratungsarbeit.....	24
	Demografische Entwicklung	24
3.2	Zielgruppe	25
	Zielgruppenspezifische Themen.....	25
	Zugang zur Zielgruppe	27
3.3	Strukturelle Faktoren der Projekte	30
	Personal	30
	Finanzen	31
	Räumliche Dimension	32
3.4	Öffentlichkeitsarbeit.....	34
3.5	Vernetzung	37
	Gründe und Ziele der Vernetzung	38
	Vernetzungsformen	39
	Vernetzungspartner.....	40
3.6	Nachhaltigkeit und Qualitätssicherung	42
	Interne Nachhaltigkeitsstrategien	42
	Externe Nachhaltigkeitsstrategien	43
	Probleme.....	44
4	Fazit	45
5	Anhang	47
5.1	Übersicht der geförderten Projekte in 2005 nach Förderhöhe	47
5.2	Übersicht der geförderten Projekte in 2005 nach Regierungsbezirken.....	51
5.3	Durch das Landesprogramm kofinanzierte Projekte.....	55

1 Einleitung

Das Sächsische Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ ermöglichte im Jahr 2005 über die Förderung der Projektträger landesweit 865 Projekte und Veranstaltungen. An den verschiedensten Angebote haben nach Angaben der Projektträger insgesamt ca. 86.000 Personen teilgenommen, wovon ca. 11.600 als Multiplikatoren angesprochen wurden.¹

Das Landesprogramm basiert auf einer Festlegung im Koalitionsvertrag zwischen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die 4. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages, ein Programm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Freistaat Sachsen zu initiieren. Aus dieser Vereinbarung resultiert das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“, welches das Ziel verfolgt, die demokratische Kultur in Sachsen zu fördern und zu stärken. Den Bürgern im Freistaat Sachsen soll der Wert von Demokratie näher gebracht werden, damit sie antidemokratischen Tendenzen entschieden entgegentreten. Schwerpunkte des Programms sind die Themen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus. Im Vordergrund stehen dabei Initiativen und Projekte, die im Sinne von Toleranz, Weltoffenheit und einer demokratischen Kultur wirken.

Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ verfolgt insgesamt fünf verschiedene Programmziele:

1. Wahrnehmung von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus als andauernde Themen in unserer Gesellschaft,
2. Stärkung demokratischer Werte in einer aktiven Bürgergesellschaft,
3. Mobilisierung der sächsischen Bürger gegen totalitäres Denken und für Toleranz und Solidarität,
4. Qualifizierung und Beratung von Fachkräften im Umgang mit Gewalt und Extremismus, insbesondere Multiplikatorenschulung und Netzwerkarbeit,
5. Opferschutz.

Zur Umsetzung dieser Ziele werden Projekte gefördert, die von Kommunen, Vereinen, Stiftungen und Bürgerinitiativen als Projektträger durchgeführt werden. Über die Vergabe der vom Freistaat Sachsen bereitgestellten Fördermittel entscheidet der Beirat des Landesprogramms auf Grund der Anträge der jeweiligen Projektträger.

¹ vgl. Statistik des Landesjugendamtes: „Maßnahmen-Teilnehmerzahlen“.

Am 22.04.2005 beschloss der Sächsische Landtag den Haushalt 2005/2006, in dem auch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ verankert ist.² Nach Abschluss der programmatischen und förderrechtlichen Vorarbeiten ernannte Ministerpräsident Georg Milbradt im Mai 2005 den Beirat zum Landesprogramm. Die konstituierende Sitzung fand am 15.06.2005 statt.

Zum Beiratsmitglied wurden berufen:

- Friederike de Haas (Ausländerbeauftragte des Freistaates Sachsen),
- Ralf Hron (als Vertreter der Gewerkschaften),
- Werner Scheibe (als Vertreter der Kirchen),
- Prof. Ullrich Gintzel (als Vertreter der Wissenschaft),
- Stefan Schönfelder (als Vertreter der Weiterbildungsträger),
- Ulrich Rienth (als Vertreter der Wirtschaft),
- Lars Rohwer (MdL, nach d'Hondt verteilt auf die Fraktionen),
- Martin Dulig (MdL, nach d'Hondt verteilt auf die Fraktionen),
- Falk Neubert (MdL, nach d'Hondt verteilt auf die Fraktionen).

Zum Koordinator des Landesprogramms wurde der stellvertretenden Regierungssprecher des Freistaates Sachsen, Andreas Beese, benannt.

Nach Sichtung und Aufbereitung der bis zur Jahresmitte eingegangenen Anträge traf der Beirat das Gros der Förderentscheidungen auf seiner Sitzung am 14.07.2005. 55 Anträge wurden einstimmig bewilligt. Die Förderung weiterer Projekte im Jahr 2005 beschloss der Beirat letztmalig auf der Sitzung am 7.10.2005.

Für das Jahr 2005 waren insgesamt 195 Projektanträge mit einem Antragsvolumen von 5.538.105 Euro eingereicht worden. Insgesamt wurden im Jahr 2005 76 Vorhaben mit einem Volumen von 1.129.860 Euro gefördert, die von 69 Projektträgern durchgeführt wurden.³ 18 dieser Projekte erhielten zusätzliche finanzielle Unterstützung der Teilprogramme CIVITAS und ENTIMON des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Auf diese Weise konnten mit Mitteln des Landesprogramms in Höhe von 370.476 Euro insgesamt 1.121.621 Euro aus Finanzmitteln des Bundes für Sachsen gesichert werden.

² vgl. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz 2005/2006) und die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2005 und 2006.

³ Eine Auflistung der geförderten Projektträger einschließlich Projekttitle und Förderhöhe findet sich im Anhang.

Abb. 1: Übersicht Förderung Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ 2005

Anzahl der Anträge 2005: 195
 Antragsvolumen: 5.538.105 Euro

Regierungsbezirk	Fördersumme 2005	Projekte
Chemnitz	47.011 €	9
Leipzig	191.436 €	14
Dresden	317.673 €	37
Überregionale Projekte	573.740 €	16
Gesamt	1.129.860 €	76

Im vorliegenden Bericht wird die Projektförderung im Jahr 2005 auf Grundlage der von allen Projektträgern eingereichten Sachberichte ausgewertet. Die Auswertung orientiert sich im ersten Teil aus einer inhaltlichen Perspektive an der Umsetzung der Ziele des Landesprogramms durch die geförderten Projekte einschließlich positiver und negativer Erfahrungen der Träger. Der zweite Teil der Auswertung betrachtet die durchgeführten Projekte aus einer strukturellen Perspektive und bietet so einen Überblick über die verschiedenen Herangehensweisen der Projektträger, die Ziele des Landesprogramms umzusetzen.

Durch die Auswertung aus zwei verschiedenen Blickwinkeln kann ein umfassender Überblick über die durchgeführten Maßnahmen gegeben werden. Dies ermöglicht eine Einschätzung darüber, inwiefern die Ziele des Programms im Jahr 2005 umgesetzt werden konnten, welche Erfahrungen bei der Umsetzung gemacht wurden und wie die Trägerlandschaft im Freistaat Sachsen im Jahr 2005 gestaltet war.

Auf Grund des späten Haushaltsbeschlusses und der daraus resultierenden späteren Vergabe der Fördermittel konnten nicht alle Maßnahmen bis zum Jahresende abgeschlossen bzw. einige Projekte erst im Laufe des Jahres 2006 zum Abschluss gebracht werden. Diese Projekte fanden keinen oder nur teilweise Eingang in die Auswertung. Außerdem sei darauf hingewiesen, dass die vorliegende Auswertung auf Grundlage der Sachberichte letztlich die Sicht der Projektträger auf das Landesprogramm sowie deren Projekte darstellt und daher keine Wertung hinsichtlich der Effizienz und Wirkung der einzelnen Maßnahmen vorgenommen werden kann und soll.

2 Programmziele

2.1 Bürgerschaftliches Engagement

Im Berichtszeitraum haben die Träger im Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ eine Vielzahl von Projekten durchgeführt, die primär oder sekundär das Engagement der Bürger des Freistaates Sachsen für eine tolerante Gesellschaft gefördert haben. Hierbei muss zwischen Projekten unterschieden werden, welche direkt das Ziel einer Mobilisierung der Bürgerschaft verfolgten, und denen, die dieses Ziel zwar nicht primär angestrebt haben, aber dennoch durch ihre Öffentlichkeitsarbeit und die Einbindung von ehrenamtlichen Mitarbeitern einen vergleichbaren Effekt bewirkten. In die letztgenannte Gruppe von Projekten müssen auch solche eingeordnet werden, die mittels Dokumentation ihrer Arbeit durch z.B. Ausstellungen Impulse zur Förderung der Demokratie in die Gesellschaft geben.

Die Grenzen zwischen den beiden Projektgruppen zur Mobilisierung der Bürgerschaft verschwimmen untereinander. Viele Träger haben sich die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zwar ins Programm geschrieben, aber letztendlich ist dies nicht durch konkrete Projekte direkt geschehen, sondern die Mobilisierung fand eher indirekt durch intensive Öffentlichkeitsarbeit statt. An dieser Stelle gestaltet es sich demzufolge schwierig, die Ergebnisse der entsprechenden Projekte bezüglich des bürgerschaftlichen Engagements quantitativ zu fassen.

Insgesamt haben sich 16 Träger direkt mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen bestimmter Einzelprojekte beschäftigt. Die Veranstalter verstanden sich hierbei als Impulsgeber zur Entwicklung von Eigeninitiative für Toleranz und gegen totalitäres Denken in der Gesellschaft. Zudem galt es, das geistige Fundament einer Zivilgesellschaft bewusst zu machen. Neben der Bereitstellung von Informationen in Form von Printmedien und Vorträgen über geschichtliche und soziale Hintergründe von Menschen mit Migrationshintergrund standen vor allem die Unterstützung bei der Bildung von Netzwerken im Vordergrund der inhaltlichen Tätigkeit. So wurden den Bürgern Möglichkeiten und Potenzial von Vernetzung zur Kanalisierung bürgerschaftlichen Engagements vermittelt. Dies führte bereits im Berichtszeitraum zur Schaffung entsprechender Infrastruktur zur Organisation zivilgesellschaftlicher Gegenstrategien gegen rechtsgerichtetes Gedankengut und antidemokratische Tendenzen. Auch die Initiierung von Projekten zur Arbeit mit Migrant*innen entstand aus diesem Kontext heraus, womit engagierte Bürger für die Probleme von Einwanderern sensibilisiert wurden bzw. selbst aktiv Integrationshilfe auf einer persönlicher Ebene leisteten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in Hinsicht auf die Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements ist die Durchführung von „Runden Tischen“ und Diskussionsforen. Hier

konnten sich Spezialisten und interessierte Bürger teilweise abstrakt, teils mit sehr speziellen und regional bedingten Phänomenen bezüglich Toleranz und Demokratieverständnis auseinander setzen. Diese Veranstaltungen wurden von der Bevölkerung meistens sehr gut angenommen. Häufig ergaben sich daraus Möglichkeiten zur Nutzung von Synergieeffekten, so dass auch hier von einer Form der Vernetzung gesprochen werden kann.

Die meisten Maßnahmen zur Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements fanden als offene Veranstaltungsangebote statt. Vereinzelt wandten sich auch interessierte Bürger auf der Suche nach Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements an verschiedene Netzwerkstellen.

Eine wichtige Form von Mobilisierung der Bürgerschaft ist die Einbindung ehrenamtlicher Mitarbeiter in die Arbeit verschiedenster Projekte. Die Mehrzahl der im Jahr 2005 durch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ geförderten Projekte bediente sich dieses Weges der personellen Ausstattung der Maßnahmen. Zwar ist dieser Umstand vielerorts der finanziellen Situation der Träger geschuldet, aber dennoch weist es auf die große Bereitschaft vieler Bürger hin, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine tolerante und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Zusätzlich zu den bereits vorher in Regelprojekten gebundenen Ehrenamtlichen konnte durch die Schaffung von Modellprojekten eine nicht unerhebliche Anzahl von Bürgern für die freiwillige Mitarbeit gewonnen werden. Die Durchführung einzelner Veranstaltungen sowie deren Planung und Organisation war für die Träger nicht nur durch deren Mitglieder und ständigen Helfer möglich, sondern darüber hinaus durch eine Vielzahl anderer Engagierter, die ihre Freizeit und Energie für die Planung und Umsetzung von Veranstaltungen zur Förderung von Toleranz und Demokratie einsetzten. Der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern bot vielen Bürgern die Möglichkeit, ihren Wunsch nach Mitwirkung an einer couragierten Zivilgesellschaft zu verwirklichen – nicht zuletzt hat ein Großteil der Projekte durch das Angebot der Mitarbeit auf ehrenamtlicher Basis überhaupt erst diesen Wunsch geweckt. Neben der erfolgreichen Realisierung diverser Veranstaltungen führte diese Mitarbeit über den Erwerb sozialer, historischer und pädagogischer Kompetenzen auch zu einer Multiplikatorwirkung. Der überwiegende Teil der ehrenamtlich in den Projekten involvierten Menschen waren Jugendliche und junge Erwachsene.

Eine weitere wichtige Plattform zur Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements war die durch die Projektträger geleistete Öffentlichkeitsarbeit. Durch die Ankündigung von Veranstaltungen und Projekten, projektbegleitende Medienresonanz oder die Veröffentlichung der Ergebnisse durchgeführter Maßnahmen wie Workshops, Tagungen und Seminare konnte oft das Interesse der Bürger auf vorliegende Problemstellungen fokussiert werden, selbst wenn im Vorfeld nur wenige oder keine Kenntnisse vorhanden waren.

Als wesentliches Mittel der Informationsweitergabe hat sich das Erstellen einer Internetpräsenz erwiesen. Um die Effektivität der Auftritte im Internet zu steigern wurden diese oft auf eigens dafür hergestellten Informationszetteln beworben und an die Zielgruppen bzw. in den Zielgebieten der jeweiligen Maßnahmen verteilt. Auf diesem Weg gelang es den Projektträgern häufig, ehrenamtliche Mitarbeiter für ihr Anliegen zu gewinnen. Darüber hinaus erwies sich das Internet durch die Nutzung so genannter E-Groups und Newsletter als kostengünstiges und äußerst flexibles Medium zur schnellen und gezielten Weitergabe von Informationen.

Unabhängig von elektronischen Medien spielte auch die Erstellung von Druckerzeugnissen eine wichtige Rolle in der Informationsweitergabe an Außenstehende. So wurden insbesondere zu den Gefahren und Inhalten rechtsextremen Gedankengutes Faltblätter, Broschüren und Plakate entwickelt und zumeist an Jugendliche, Jugendarbeiter sowie Lehrer und weitere Multiplikatoren verteilt. Auf dem Gebiet der Arbeit mit Opfern rechtsextremer Gewalt wurde der Öffentlichkeit neben einer umfangreichen regionalen und überregionalen Medienarbeit auch eine Datenbank und eine Jahresstatistik zur Verfügung gestellt.

Auch andere Projekte erfreuten sich abhängig von geleisteter Pressearbeit teilweise einer großen Medienresonanz. Das Spektrum reichte von der Durchführung von Filmveranstaltungen über eine Vielzahl von Ausstellungen bis hin zur Erstellung von Artikelserien zu bestimmten Themen in der regionalen Tagespresse. Die Erfahrungen der Träger mit einer offensiven Pressearbeit haben gezeigt, dass auf diesem Weg Bürger angesprochen und zur ehrenamtlichen Mitarbeit bewegt werden können.

Im Hinblick auf die Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements sind auch durchgeführte Musikveranstaltungen in Form von Festivals, Konzertabenden und HipHop-Challenges zu erwähnen. Diese Maßnahmen erfreuten sich vor allem bei der jugendlichen Zielgruppe großer Beliebtheit.

2.2 Thematisierung und Aufklärung

Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Rassismus, Extremismus und Gewalt stehen immer wieder vor dem Problem, dass derartige Entwicklungen und Problemlagen zunächst einer gesellschaftlichen Wahrnehmung bedürfen, um Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Diskurse zu werden. In diesem Zusammenhang wird die Thematisierung solcher Entwicklungen und die Aufklärung über oft nicht unmittelbar wahrnehmbare Tendenzen zur Voraussetzung, um überhaupt eine kritische Auseinandersetzung anzustoßen und Handeln zu motivieren. Die Projektträger leisteten im Vorfeld oder auch im Rahmen der Projektarbeit eine teilweise sehr umfangreiche Rechercharbeit über Strukturen und Verbreitung des Rechtsextremismus in Sachsen. Über die Vernetzung der Initiativen war

es zudem möglich, die regionalen Aktivitäten auf einem Gesamtbild der Lage in Sachsen zu gründen.

Zur Zielgruppe derartig motivierter Projekte zählten vor allem Jugendliche, die keine auffällig extremen Einstellungen in den jeweiligen Projektfeldern vertreten. Aber auch Erwachsene und Akteure aus Politik und Verwaltung wurden unter dem Aspekt der Thematisierung und Aufklärung angesprochen. Dem entsprechend haben nahezu alle im Folgenden beschriebenen Projekte eine stark präventive Ausrichtung, indem über Aufklärungsarbeit und Wissensvermittlung bereits vorhandene demokratische Grundwerte gestärkt werden sollen.

Thematisch lag ein erster Schwerpunkt auf der Auseinandersetzung mit dem demokratischen System. Viele Projektträger machten die Erfahrung, dass vor allem Jugendliche oft nur über rudimentäre Kenntnisse zu Grundbegriffen und Grundstrukturen der Demokratie verfügen, was im Gegenzug eine Auseinandersetzung mit Extremismus erschwert. Es reicht aus Sicht der Projektträger nicht aus, über extremistische Denk- und Handlungsmuster aufzuklären. Statt dessen müssen Politik und Demokratie gerade für junge Menschen erlebbar und verständlich vermittelt und deren Teilhabe an demokratischen Prozessen gefördert werden.

Ein zweiter Schwerpunkt lag in der Beschäftigung mit Jugendkulturen. Dieser thematische Zugang spricht Jugendliche direkt in ihrem sozialen Umfeld an und bietet gerade für die Auseinandersetzung mit Extremismus eine aufschlussreiche Perspektive. Ziel der Projektträger war es, jugendkulturelle Vielfalt authentisch zu vermitteln, aber auch rassistische Einstellungen und rechte Ideologien innerhalb verschiedener Jugendkulturen deutlich zu machen. Dies betrifft die Aufklärung über eine vielfältig gewordene Kleiderordnung, jugendkulturell verortete Handlungsweisen mit rechtsradikalem Hintergrund, subkulturelle Symbolik und Codes bis hin zu Musikszenen. Nur am Rande wurde in diesem Kontext auch ein geschlechtsspezifischer Zugang thematisiert, indem auf die Rolle von Mädchen und jungen Frauen beim Erstarken rechtsextremer Einstellungen eingegangen wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt befasste sich mit dem Abbau von Vorurteilen und diffusen Ängsten in der Bevölkerung. Ziel war es, durch umfassende Informationen und Aufklärung über andere Glaubenswelten, Kulturen, Lebenseinstellungen und -gewohnheiten dem „Fremden“ das Bedrohliche zu nehmen. Insbesondere in der älteren Bevölkerung sind Verlustängste wesentlicher Grund für die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und einer positiven Einstellung gegenüber rechten Ideologien. Hier gilt es, alternative Perspektiven und Problemhorizonte zu eröffnen.

Ein letzter thematischer Schwerpunkt wurde in der Erinnerungsarbeit gesetzt. Besonders in Bezug auf die Verbrechen des Nationalsozialismus und das Schicksal der jüdischen Bevölkerung und deren Kultur in Deutschland wurde auf Konsequenzen rechter Ideologien aufmerksam gemacht.

Projektträger, deren Handlungsziele in Thematisierung und Aufklärung bestanden, konzipierten verschiedene Zugänge zu ihrer Zielgruppe. Die große Mehrzahl der Projektträger bot in diesem Kontext regelmäßig oder auch auf Anfrage aus Bildungseinrichtungen u.ä. Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen an. Teilweise wurden diese Angebote in Absprache mit Lehrern oder Sozialarbeitern direkt auf die jeweilige Zielgruppe hin zugeschnitten, um besser auf regionale oder gruppenspezifische Problemlagen eingehen zu können. Ziel war hier einerseits eine Sensibilisierung für den jeweiligen Themenbereich, aber auch die Vermittlung von Multiplikatorenwissen an junge Menschen, Lehrer sowie Mitarbeiter der Landes- und Kommunalverwaltung. Nur vereinzelt wurden mittelbare Zugänge, etwa über Theaterprojekte oder eine Trickfilmwerkstatt, gewählt, die die Aufklärungsarbeit an eine selbständige Erschließung der Themenbereiche Toleranz und Demokratie koppelten. Ein weiterer Zugang bestand darin, Freizeit- und Ferienangebote zu konzipieren, die einerseits an die Interessen junger Menschen anknüpften, aber auch die Möglichkeit boten, Inhalte im Sinne des Landesprogrammes zu transportieren. Das Spektrum reicht hier von Aufräumarbeiten auf einem jüdischen Friedhof, der als Ort der Erinnerung Anlass gibt, über deutsche Geschichte zu reflektieren, bis hin zu Open-Air-Festivals, die kulturübergreifende Gemeinsamkeiten erlebbar machen.

Eine weitere Gruppe von Projektträgern knüpfte mit ihren Angeboten vor allem an geschichtliche, aber auch aktuelle Ereignisse an. Durch den Besuch von Gedenkstätten und ehemaligen Konzentrationslagern, thematischen Filmvorführungen oder auch den Besuch von Ausstellungen über Opfer rechter Gewalt konnten vor allem bei Jugendlichen wichtige Selbstreflexionsprozesse angestoßen werden. Gerade Jugendliche, die nur über einen losen Kontakt zur rechten Szene verfügen, wurden durch diesen Zugang nachhaltig beeindruckt.

Ein letzter Ansatz bestand darin, den intergenerativen Dialog zu fördern. Insbesondere die Konsequenzen rechter und rassistischer Ideologien wurden durch Gespräche mit Überlebenden der Konzentrationslager aber auch über die Auseinandersetzung mit Biografien der eigenen Großeltern für die junge Generation greifbar. Zudem fördert gerade in diesem Kontext der intergenerative Dialog ein Verständnis über verschiedene Perspektiven und Handlungskontexte, was eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Einstellungen überhaupt erst möglich macht. In einem „Oral-History“-Projekt wurden dazu auch Zeitzeugenberichte konserviert und als Materialsammlung der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um dem Vergessen entgegen zu wirken.

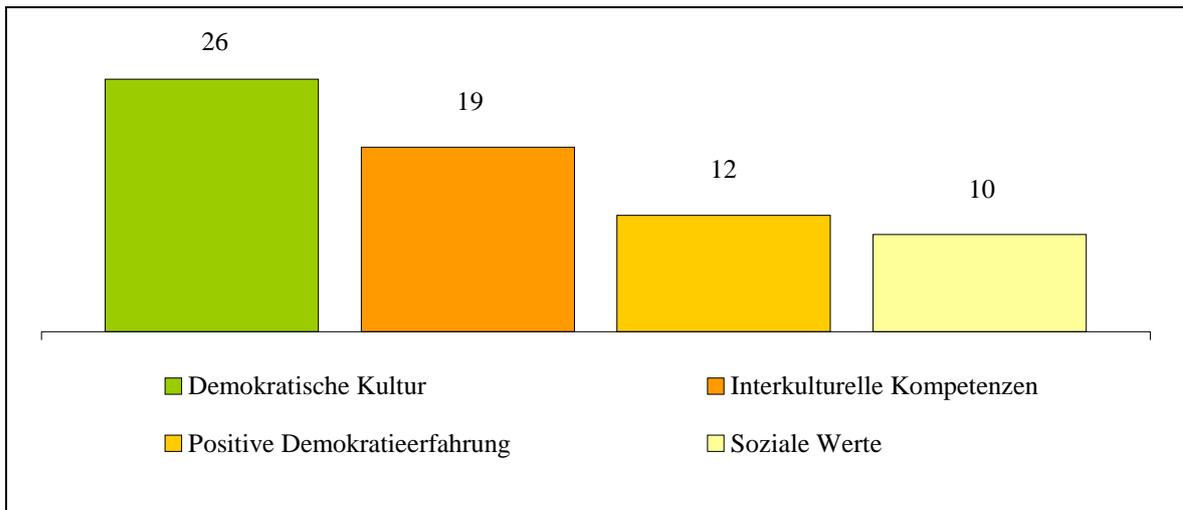
Bei der Frage nach den Medien, die mit dem Ziel von Thematisierung und Aufklärung eingesetzt wurden, lassen sich drei wesentliche Zugänge unterscheiden. Ein erster Zugang bestand darin, Wissen über Publikationen in Form von Broschüren, Büchern oder regional verteilten Zeitungen (z.B. Bürgerbriefe) zugänglich zu machen. Themen waren hier vor allem Informationen über die rechte Szene und die NPD, die demokratische Grundordnung sowie die jüdische Kultur. Ein weiterer Zugang bestand in der zielgruppenspezifischen Konzeption von Aufklärungs- und Bildungsmaterialien. Diese reichten von einfachen Informationsblättern über Ausstellungen, öffentlich zugängliche Materialsammlungen für Bildungseinrichtungen bis hin zu komplexen didaktischen Konzepten für die schulische Bildung. Ein letztes Medium stellten Fachtagungen und Schülerkonferenzen dar, die vor allem innerhalb bestehender Netzwerke genutzt wurden, um den Informationsaustausch zum Thema Extremismus voranzubringen und so die Projektkonzeption und Entwicklung der Netzwerkpartner auf eine fundierte Grundlage zu stellen und weitere Multiplikatoren in die Arbeit einzubinden.

Räumlich betrachtet agierten die Projektträger wesentlich in den etablierten Räumen ihrer Zielgruppe. Jugendliche wurden in Bildungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen oder Jugendclubs aufgesucht, engagierte Erwachsene über kirchliche oder interkulturelle Initiativen angesprochen. Dabei erachteten viele Träger gerade für Jugendliche die Konzeption außerschulischer Angebote für wichtig, da viele Jugendliche allein über schulische Angebote nicht erreicht werden konnten. Nur ein Projekt agierte bewusst im öffentlichen Raum, indem Informationen zum historischen Geschehen als „Stolpersteine“ innerhalb des Alltags platziert wurden, die zum Nachdenken anregen und die Themenbereiche Toleranz und Demokratie in ihrer vollen Komplexität in das gesellschaftliche Bewusstsein rücken.

2.3 Wertevermittlung

Die Vermittlung gesellschaftlicher Werte spielte innerhalb der durch das Landesprogramm geförderten Projekte nicht immer eine direkte Rolle. Während einige Träger sich damit begnügten, dass die Wertevermittlung praktisch indirekt durch die Maßnahmen stattfand, hatte sich gut die Hälfte (41) der Projektträger diesen Aspekt direkt zur Aufgabe gemacht. Hierbei wurde unterschieden in das Vermitteln demokratischer Kultur (26), die Stärkung interkultureller Kompetenzen (19), das Erlangen positiver Demokratieerfahrung (12) sowie die Auseinandersetzung mit sozialen und anderen Werten (10). Manche Träger bedienten auch mehrere dieser Themenfelder.

Abb. 2: Anzahl der Projekte, die sich mit der Vermittlung spezifischer Werte auseinandersetzen. (Mehrfachnennungen, insgesamt 41 Wertevermittlungsprojekte)



Der Vermittlung von Bedeutung und Inhalten demokratischer Kultur kam in der Arbeit der Projektträger mit insgesamt 26 Projekten der größte Stellenwert zu. Grundanliegen der Träger war die Förderung der öffentlichen Diskussion zu Themen wie Extremismus, Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. Der Fokus der praktischen Projektarbeit lag hierbei weniger auf der Bekehrung oder Belehrung von offensichtlich demokratiefeindlichen Menschen, sondern neben der Vermittlung eines demokratischen Grundverständnisses eher auf der Stärkung und Aktivierung derjenigen, die nicht über ausreichend Zivilcourage verfügen, um aktiv antidemokratischen Meinungen und Tendenzen entgegen zu treten. Die Umsetzung dieser Ziele fand meist im Rahmen von Diskussionsrunden, Projekttagen und Workshops statt. Wie bei fast allen im Landesprogramm geförderten Projekten bestand auch hier die Zielgruppe größtenteils aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen, was mit der Tatsache einhergeht, dass die Veranstaltungen und Projekte oft in bestehende Strukturen wie Schulen und Jugendclubs eingebunden wurden. Ein wichtiger Ansatz der Arbeit zur Vermittlung demokratischer Werte war die Peer-Education⁴. Die Jugendlichen werden durch diesen Zugang als Experten für ihr eigenes Lebensumfeld ernst genommen und gleichzeitig durch die Vermittlung von kommunikativen und sozialen Kompetenzen sowie dem Training von Moderationstechniken qualifiziert, sich in ihrem Lebensumfeld für die Vermittlung demokratischer Werte einzusetzen.

⁴ „Peer-Education“ ist ein pädagogischer Zugang, der die soziale und sprachliche Nähe innerhalb einer Peer-Group nutzt, um Lernprozesse zu ermöglichen. Die Mitglieder dieser oft informellen Gruppen sind einander insbesondere hinsichtlich ihres Alters, aber auch in Bezug auf den sozialen Status gleichgestellt.

2.4 Vernetzungsarbeit

Vernetzungsarbeit stellt eine wesentliche Ressource dar, Einzelinitiativen zu bündeln und fungiert als Impulsgeber zur Entwicklung von Eigeninitiative. Im Folgenden sollen diejenigen Projektträger näher betrachtet werden, deren wesentliches Handlungsziel laut der eingereichten Sachberichte in der Vernetzung anderer Initiativen und Projekte bestand. Dazu gehörten im Förderzeitraum 2005 das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK Wurzeln) mit ihrer Arbeit für das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“, die Netzwerkstelle Döbeln, die „Netzwerkstelle Augen auf!“ der Initiative „Augen auf – Zivilcourage zeigen!“ in Großenhensdorf sowie der Konsortium e.V. mit dem „Vereinsnetzwerk zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ in Niesky.

Hinsichtlich der räumlichen Wirkung arbeitete nur das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ landesweit, während alle anderen Netzwerke auf regionaler Ebene angesiedelt waren. Im Regierungsbezirk Chemnitz existierte im Berichtszeitraum 2005 keine regionale Netzwerkstelle. Als Besonderheit sei die Netzwerkstelle Augen auf! herausgestellt, die sich im Dreiländereck wesentlich für eine grenzüberschreitende Vernetzung zivilgesellschaftlicher Strukturen engagierte.

Die mit dem Landesprogramm geförderten regionalen und überregionalen Netzwerkstellen erhielten neben den Mitteln des Freistaates Zuwendungen über das Programm CIVITAS der Bundesregierung.

Vernetzungsprojekte sehen ihre Hauptaufgabe darin, Strategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln und lokale Bündnisse, Initiativen und regionale Akteure bei ihrer Arbeit zu begleiten und zu unterstützen. Ziel ist es, über Vernetzung lokal Kompetenzen zu entwickeln, zu bündeln und zu stärken, und sich auf einer gesellschaftlichen Ebene mit totalitären Erscheinungen auseinanderzusetzen. Damit erfüllen die Netzwerke nicht nur eine Unterstützerfunktion, sondern sind in ihrer Außenwirkung gleichzeitig Beispiele gelebter und erlebbarer Demokratie und tragen so zur Stärkung des Demokratiebewusstseins in der Gesellschaft bei.

Dies spiegelt sich nicht zuletzt auch in der Struktur der Netzwerke wieder. Das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ wird über einen ehrenamtlichen, jährlich gewählten Sprecherrat koordiniert. Jedes Mitglied im Netzwerk ist berechtigt, Kandidaten für den Sprecherrat zu stellen, Themen in die Sitzungen des Sprecherrates einzubringen und selbst an dessen Sitzungen teilzunehmen. Gerade der landesweite Wirkungskreis und die daraus resultierende räumliche Entfernung der Netzwerkpartner verlangt nach einer hohen Transparenz der Netzwerkarbeit. Diese wird über einen internen Bereich im Internetangebot, die Nutzung von E-Mail zum Informationsaustausch sowie eine stark institutionalisierte Netzwerkstruktur hergestellt.

Die Netzwerkstelle Döbeln berichtete explizit über die Tätigkeiten der hauptamtlich besetzten Stelle eines Netzwerkkoordinators. Dieser vertrat das Netzwerk nach außen, stand als Ansprechpartner zur Verfügung und integrierte verschiedene Praktikanten und vier jugendliche Straftäter (Ableistung von Sozialstunden) in die Netzwerkarbeit. Andere lokale Netzwerke arbeiteten z.B. auf ehrenamtlicher Basis und organisierten sich über monatliche Netzwerktreffen, wobei die Koordinatoren zumeist bei einem Netzwerkpartner hauptamtlich eingebunden waren. Die Netzwerke selbst waren in der Regel über Vertreter in weitere regionale und überregionale Strukturen integriert und leisteten über den Kontakt zu Ämtern, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Jugendhäusern oder die Mitarbeit in Ausschüssen und Beiräten eine wesentliche Lobbyarbeit für die Netzwerkpartner.

Hinsichtlich der Handlungsziele der Netzwerkprojekte lassen sich zwei Schwerpunkte unterscheiden. Zum einen sehen alle Netzwerke eine Hauptaufgabe darin, Kompetenzen und Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu bündeln und Impulsgeber für die Entwicklung von Eigeninitiative zu sein. Zum anderen betreiben vor allem die lokalen Netzwerke eine aktive Informationspolitik, indem sie die Entwicklung rechtsextremistischer Strukturen und deren Wirkungsmechanismen in ihrer Region dokumentieren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Dies fördert nicht nur die Entwicklung nachhaltiger zivilgesellschaftlicher Gegenstrategien, sondern macht Rechtsextremismus als ein gesamtgesellschaftliches Problem fassbar. In diesem Kontext haben sich die lokalen Netzwerkprojekte als feste Ansprechpartner bei Fragen zur Extremismusproblematik etabliert. Neben der internen Beratung und Qualifizierung der Netzwerkpartner werden projektspezifische Kooperationspartner vermittelt und über die Netzwerkstellen selbst Workshops, Weiterbildungsveranstaltungen und Kulturmaßnahmen angeboten.

Inhaltlich setzten die Netzwerkstelle „Augen auf!“ und die Netzwerkstelle Döbeln zusätzlich einen Fokus auf die interkulturelle Arbeit, indem gezielt Migranten, Asylsuchende, ausländischen Studenten oder Spätaussiedler in die Netzwerkarbeit eingebunden bzw. entsprechende Angebote für und mit dieser Zielgruppe entwickelt wurden. Auffallend ist die durchaus verschiedene Herangehensweise an die Extremismusproblematik durch die Netzwerkstellen.

So sehen die Netzwerkstelle Döbeln sowie der Konsortium e.V. eine Hauptaufgabe in der Beschäftigung mit Rechtsextremismus, das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ legt seinem Selbstverständnis eine klare Trennung zwischen Rechts- und Linksextremismus zu Grunde, während die Netzwerkstelle „Augen auf!“ neben dem Rechts- und Linksextremismus zusätzlich die Aufarbeitung totalitärer Strukturen in der ehemaligen DDR zu ihren Hauptaufgaben zählt.

Netzwerke zeichnen sich allgemein durch eine hohe inhaltliche Flexibilität in der Schwerpunktsetzung ihrer Arbeit aus. Auch innerhalb der hier betrachteten Netzwerkprojekte

wurden kleinere Netzwerke ausdifferenziert bzw. deren Aufbau vorangetrieben, die sich mit spezifischen Problemkonstellationen wie Migration, Erwachsenenbildung oder Antirassismus befassen. Bezogen auf die Konzeption der Netzwerkprojekte verfügt das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ durch seine Organisationsstruktur über die größte Flexibilität, gesellschaftliche Veränderungen und Problemlagen wahrzunehmen und entsprechend zu reagieren. Die lokalen Netzwerkprojekte bündeln hingegen unter Bezug auf ihr Selbstverständnis eher bestehende Initiativen zur Nutzung von Synergieeffekten, während die konzeptionelle Entwicklung des Netzwerkes wesentlich über den Netzwerkkoordinator bzw. den entsprechenden Trägerverein erfolgt.

2.5 Opferarbeit

Im Rahmen des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ hat der Freistaat Sachsen 2005 mit den Vereinen AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V. und RAA Sachsen e.V. zwei Projekte gefördert, die sich mit der Betreuung von Gewaltopfern beschäftigen. Während AMAL explizit nur Betroffene und potenzielle Betroffene rechter Gewalttaten betreut, berät und betreut der RAA Opfer von Straftaten im Allgemeinen.

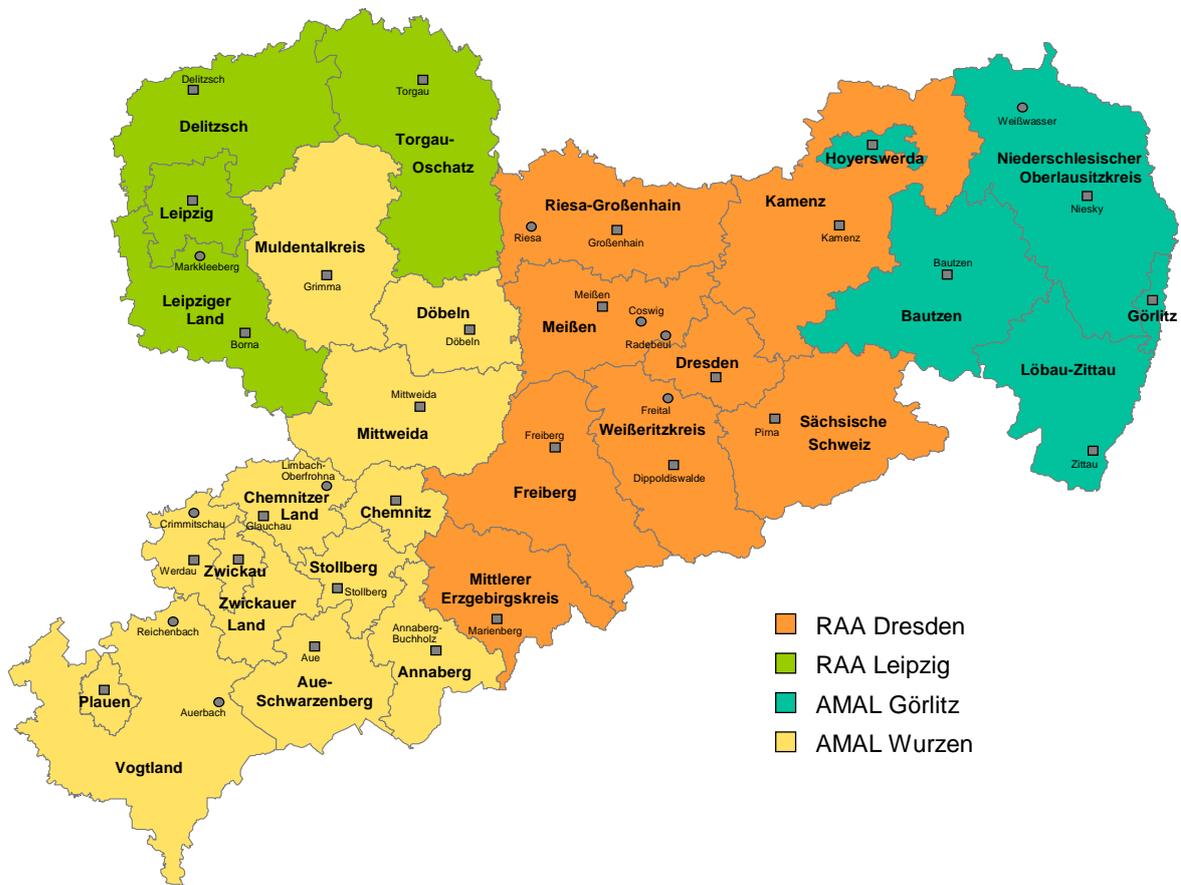
Beide Vereine unterhalten insgesamt vier Büros in Leipzig und Dresden (RAA) bzw. in Wurzen und Görlitz (AMAL) und decken so die Opferberatung im gesamten Freistaat Sachsen ab. Im Jahr 2005 nahmen insgesamt 425 Klienten die Hilfe der Beratungsstellen in Anspruch.

Abb. 3: *Stellenausstattung und regionale Zuständigkeit der Opferberatungsstellen (Beratungsstatistik nach Angaben der Projektträger)*

Beratungsstelle	Betreute Landkreise/ kreisfreie Städte	Durchgeführte Beratungen
Dresden (RAA) 3 Mitarbeiter; davon 2 Mitarbeiter 40h/Woche 1 Mitarbeiterin 20h/Woche	Stadt Dresden Landkreis Freiberg Landkreis Meißen Landkreis Kamenz Landkreis Sächs. Schweiz Weißeritzkreis Mittlerer Erzgebirgskreis Landkreis Riesa-Großenhain	144
Leipzig (RAA) 2 Mitarbeiter 40 h/Woche	Stadt Leipzig Landkreis Leipziger Land Landkreis Delitzsch-Eilenburg Landkreis Torgau-Oschatz	127
Wurzen (AMAL) 2 Mitarbeiter 40 h/Woche	Landkreis Annaberg Landkreis Aue-Schwarzenberg Landkreis Stollberg Vogtlandkreis Landkreis Chemnitzer Land Landkreis Zwickauer Land Muldentalkreis	59

Beratungsstelle	Betreute Landkreise/ kreisfreie Städte	Durchgeführte Beratungen
	Landkreis Döbeln Landkreis Mittweida Stadt Zwickau Stadt Chemnitz Stadt Plauen	
Görlitz (AMAL) 2 Mitarbeiter a 20 h / Woche 1 Koordinator a 20 h / Woche	Landkreis Löbau-Zittau Niederschlesischer-Oberlausitzkreis Landkreis Bautzen Stadt Görlitz Stadt Hoyerswerda	93

Abb. 4: Regionale Zuständigkeit der Opferberatungsstellen im Freistaat Sachsen



Die Zuständigkeit der Opferberatungsstellen ist regional aufgeteilt. Im gesamten Regierungsbezirk Chemnitz ist momentan keine durch das Programm „Weltoffenes Sachsen“ geförderte Opferberatungsstelle ansässig. Der komplette Raum Südwestsachsen wird durch das Büro von AMAL in Wurzen mit zwei Mitarbeitern abgedeckt. Die Opferberatungsstellen von AMAL und RAA sind zudem in ein Netzwerk von sachsenweit agierenden Beratungsbüros eingebunden. Durch die Vernetzung und Zusammenarbeit mit verschiedenen Vereinen und Trägern war die Möglichkeit gegeben, sich an Aktionen jeglicher Art zur Prävention, Sensibilisierung und der Thematisierung des Themas „Rechte Gewalt“ zu

beteiligen. Die Netzwerkarbeit konnte allerdings die aus Perspektive der Träger „schwache Finanzdecke“ kaum kompensieren.

Insgesamt bedienten die Opferberatungsstellen ein sehr heterogenes Feld Rat suchender oder von Gewalt betroffener Menschen. Dazu zählten nach Angaben der Träger nicht „deutsch“ aussehende Menschen, alternative und nicht rechte Jugendliche und Erwachsene, Ausländer, Migranten, Flüchtlinge, homosexuelle und transsexuelle Menschen, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose und antifaschistisch und antirassistisch engagierte Menschen.

Betroffenen und potenziellen Betroffenen von Gewalt standen vielfältige Hilfsangebote zur Verfügung. Neben der Hilfe zur Überwindung von psychischen, sozialen und materiellen Folgen einer Gewalttat oder Diskriminierung erfuhren die Opfer praktische Hilfeleistungen in Form von rechtlichen Informationen, Rechtsberatung und Rechtsbeistand. Die Gewaltbetroffenen, deren Angehörige, aber auch Zeugen wurden durch die Beratungsstellen bei Gängen zu Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, weiteren Behörden, Fachärzten und Rechtsanwälten persönlich begleitet. Darüber hinaus fand mehrmals die Vermittlung in eine traumatherapeutische Behandlung und die Organisation finanzieller Hilfe statt. Außerdem kam es durch die Träger unter anderem zur Vermittlung von Nebenklageanwälten.

Eine weitere Aufgabe sahen die Mitarbeiter der Opferberatungsstellen in der Lobbyarbeit für die Betroffenen, wobei fallbezogene Öffentlichkeitsarbeit und Spendenaufrufe nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Betroffenen geleistet wurde.

Zwischen den Beratungsteams fanden regelmäßig Besprechungen statt. Diese dienten neben der inhaltlichen Diskussion und der Abklärung von organisatorischen Fragestellungen im Jahr 2005 der Erarbeitung einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit. Auch die Kommunikation in E-Groups stellte für die Opferberatungsstellen eine effiziente Form des Austausches dar. Darüber hinaus bildeten sich die Mitarbeiter der Opferberatungsstellen kontinuierlich zur systematischen Beratung, Asylrecht und traumatherapeutischen Methoden fort und nahmen regelmäßig an Supervisionen teil. Ein weiteres Kerngebiet innerhalb der Fortbildung war der Erwerb interkultureller Kompetenzen. Die Fortbildungen fanden hauptsächlich in Zusammenarbeit mit professionellen Trägern der Jugendhilfe und Fachleuten für Präventionsarbeit aus den Bereichen Rechtsextremismus und Migration statt.

2.6 Qualifizierung von Multiplikatoren

Maßnahmen zur Qualifizierung von Multiplikatoren wurden von 31 Projekten durchgeführt. Die Vermittlung von kommunikativen und inhaltlichen Kompetenzen an hauptamtlich und ehrenamtlich tätige Mitarbeiter der Träger bzw. engagierte Bürger nahm damit im Bemühen um mehr Toleranz in Sachsen einen wichtigen Stellenwert ein.

Hinsichtlich der Zielgruppen der Projekte zur Schulung von Multiplikatoren kann zwischen professionellen und ehrenamtlichen Mitarbeitern unterschieden werden. Die Qualifizierung von Ehrenamtlichen, hauptsächlich Mitarbeiter von Jugendclubs, Vereinen und ähnlich strukturierten Projekten, erfolgte vor allem durch ein weit gestreutes Angebot von Seminaren und Workshops, aber auch durch die Herausgabe von Publikationen. Wichtige Vermittlungsziele waren nach Auffassung der Träger Argumentationshilfen, um ein selbstsicheres und fachlich untersetztes Auftreten der Multiplikatoren zu ermöglichen. Neben der Vermittlung fachlicher Kompetenzen stellte auch die Weitergabe von Erfahrungen, die aus der praktischen Jugendarbeit im Umgang mit Rechtsextremismus entstanden sind, einen Aspekt der Multiplikatoren Ausbildung dar.

Bei der Qualifizierung von Multiplikatoren wurde durch die Projektträger gezielt auf Peers zurückgegriffen. Dies berücksichtigt die Tatsache, dass neben den Eltern und Erziehern für immer mehr Jugendliche die Gleichaltrigengruppe an Bedeutung gewinnt. Innerhalb dieser Gruppen werden nicht nur Informationen ausgetauscht, sondern vor allem in Abgrenzung zur Welt der Erwachsenen Einstellungen gebildet und Weltbilder entworfen, die das zukünftige Handeln der Jugendlichen beeinflussen. Einfluss auf diesen Sozialisationsprozess zu nehmen, stellt eine wesentliche Motivation der Träger dar, sich auf diesem Feld zu engagieren.

Ein Großteil der Peers stammte aus Schulklassen, weiterhin wurden Jugendtreffs und Gruppen mit Migrationshintergrund in diese Arbeit einbezogen. Die Multiplikatoren wurden in Seminaren und Workshops und durch die Bereitstellung von Informationsmaterialien nicht nur animiert und befähigt, sich für Informationsveranstaltungen und Projektstage einzusetzen, sondern weiterhin wurden dadurch die Grundlagen für ein tolerantes und kompetentes Handeln der Peers innerhalb ihres persönlichen Umfeldes geschaffen. Neben der Vermittlung von Kenntnissen bezüglich Rechtsextremismus, Integration und Toleranz haben die Peers vor allem kommunikative und soziale Kompetenzen erworben. Moderationstechniken, souveränes Verhalten und Argumentationssicherheit im Umgang mit rechtsextrem denkenden Jugendlichen waren Bestandteile des Ausbildungsprogramms. Die Mehrheit der Projekte bezog sich auf Rechtsextremismus, einige beschäftigten sich mit der Vermittlung demokratischer Werte, und ein Projekt bildete Multiplikatoren zur Aufklärung an Schulen über Homosexualität aus.

Eine weitere Zielgruppe für die Multiplikatoren Ausbildung stellten die Lehrer und andere hauptamtliche Pädagogen dar. Trotz vielfältiger Angebote blieb die Nutzung jedoch stark hinter den Erwartungen der Träger zurück. In verschiedenen Workshops und im Rahmen einer Fachtagung für Lehrer fand ähnlich wie bei den Ehrenamtlichen eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Jugendkulturen in der rechten Szene statt. Zudem fanden auch die Aufarbeitung von Geschichtsstoff, die religiöse Praxis von Migrantinnen, Fragen des religiösen Lebens generell und die Auseinandersetzung mit alterna-

tiven Lebensentwürfen Eingang in die Schulung von Multiplikatoren. Ein wichtiger Schwerpunkt der Multiplikatorenqualifizierung mit Pädagogen war letztlich die Erarbeitung und gezielte Bereitstellung didaktischer Handreichungen zu Themen wie Rechtsextremismus, Theaterpädagogik oder zur Vermittlung der jüdischen Kultur.

Abb. 5: Zielgruppenspezifische Angebote und Qualifizierungsthemen

Zielgruppe	Angebotsform	Themen
Ehrenamtler	Seminare	Einblicke in die rechte Szene Argumentation und Selbstverständnis im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen moderner Rechtsextremismus Souveränes Verhalten und Argumentationssicherheit im Umgang mit Rechtsextremisten Fachkenntnisse in der Antirassismuserbeit Herstellung von Netzwerken Erfahrungsaustausch und Weitergabe von „best practice“ Erfahrungen Gremien- Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit
Peer-to-Peer Jugendliche Migranten	Seminare Workshops	IKK Rechtsextremismus heute Zivilcourage Integration über Sprache Demokratieerziehung Kommunikative und soziale Kompetenzen Moderationstechniken Der moderne Rechtsextremismus Souveränes Verhalten und Argumentationssicherheit im Umgang mit Rechtsextremisten Aufklärungsarbeit (Homosexualität) an Schulen
Pädagogen Lehrer Sozialarbeiter	Workshop Fachtagung Publikationen	Erarbeitung didaktischer Handreichungen Rechtsextremismus und Rassismus Arbeit mit Kindern und jugendlichen Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen und transgener Lebensweisen Religiöse Praxis von Migranten Fragen des religiösen Lebens Methoden der Theaterpädagogik Aufarbeitung von Geschichtsstoff Jugendkultur in der rechten Szene
Professionelle Verwaltungen Mitarbeiter in Sozialen Einrichtungen Landräte Richter	Publikationen Fachtagungen	Religiöses Leben der Zuwanderer Argumentation und Selbstverständnis im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen
diffus	Friedhofs- und Stadtführungen Seminare	Aufarbeitung von Geschichtsstoff Antisemitismus Rechtsextremismus Entzug rechtsextremistischer Rückzugsräume Jüdische Geschichte Ursachen für Negativentwicklungen in der sächs. Schweiz

3 Kriterien

3.1 Motivation für Projekte

Eine Vielzahl verschiedener Motivationshintergründe lassen sich für die geförderten Projekte feststellen. Dabei reagierten die Projektträger nur in einzelnen Fällen auf konkrete Ereignisse. Überwiegend waren Wahrnehmungen und Erkenntnisse über Defizite aus der sonstigen (Projekt-)Arbeit der Träger oder allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen Anlass, sich für ein bestimmtes Thema zu engagieren. Im Folgenden sollen verschiedene Motivationen der Träger dargestellt werden.

Rechte Bedrohung

Als mit Abstand bedeutendste Motivation, sich für Demokratie und Toleranz zu engagieren, wurden die Wahlergebnisse der NPD in einzelnen Landkreisen sowie deren Einzug in den Sächsischen Landtag genannt. Erstmals wurde hier das Potenzial rechtsextremistischer Parteien und Initiativen einer breiten Öffentlichkeit bewusst. Der Jugend als Zielgruppe kommt aus Sicht vieler Träger auch hier eine besondere Bedeutung zu – nicht zuletzt deshalb, weil rechtsextremistische Organisationen über Musik, Mode, die Vermittlung von Gemeinschaftssinn (Kameradschaften, Vereine) oder Szeneläden gezielt Jugendliche in ihrem Alltagsleben ansprechen. Gerade im ländlichen Raum seien Jugendliche durch die verbreitete Orientierungs- und Perspektivlosigkeit besonders anfällig für antidemokratische und menschenverachtende Ideologien.

Weiterhin bezieht sich eine Vielzahl von Motivationen auf direkte rechtsextremistische Bedrohungen. Die daraus resultierenden Projekte gaben an, auf eine Zunahme rassistisch oder fremdenfeindlich motivierter Übergriffe in bestimmten Schwerpunktregionen Sachsens zu reagieren, die das gesamte Spektrum von Beleidigung bis hin zu schwerer Körperverletzung umfassten. Einige Träger wurden zudem durch eine zunehmende Gewaltbereitschaft der Jugendlichen bzw. deren Cliques gegenüber „Anderen“ bzw. „anders denkenden“ Menschen alarmiert.

In diesem Problemkontext findet sich ein weiteres Motiv für die Entwicklung von Projekten, indem einige Träger auf Defizite in ihrer Beratungspraxis reagierten und Weiterbildungsangebote und Qualifizierungsmaßnahmen für ihre Mitarbeiter konzipierten. Trotz der Tatsache, dass zunehmend Klienten mit rechter Orientierung betreut werden, sind oft nur unzureichende oder oberflächliche Kenntnisse über Strukturen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus verfügbar. Eine kompetente Beratung von Opfern, Hilfe beim Ausstieg aus der rechten Szene oder überhaupt eine kompetente Auseinandersetzung mit den vielfältigen Erscheinungsformen von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und antidemo-

kratischem Verhalten ist ohne entsprechendes Hintergrund- und Fachwissen nur sehr bedingt möglich.

Wahrnehmung von (latenter) Fremdenfeindlichkeit

Neben der Reaktion auf offene rechte Gewalt wurden einige Projekte auch durch fremdenfeindliche und intolerante Äußerungen gegenüber Andersdenkenden, rassistische Vorurteile bis hin zu rassistischen Äußerungen und der Befürwortung rechtsextremer Politik motiviert, die die Projektträger bei ihrer Arbeit in Seminaren, Schulen, Jugendclubs/Jugendgruppen oder in ihrer Region wahrnahmen. Menschenverachtende Diskurse und Einstellungen stellen aus Sicht der Projektträger keine Randerscheinungen der Gesellschaft dar, sondern entstehen in der Mitte der Gesellschaft und müssen auch dort bearbeitet werden. So wird eine rechtsorientierte Grundeinstellung nicht erst dann zum Problem, wenn sie sich in konkreten Taten manifestiert, sondern schon viel früher, wenn sie teilweise von den Jugendlichen selbst als solche noch gar nicht reflektiert wird. Gerade die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit, das eigene Leben zu gestalten, führt bei vielen Jugendlichen zur einer Orientierungs- und Perspektivlosigkeit und zur kaum reflektierten Aneignung rechten Gedankengutes. Der oft präventive Ansatz der Träger fokussierte hier auf die Vermittlung demokratischer Werte und von Kompetenzen zu gelebter Demokratie sowie auf die Bereitstellung von Orientierungs- und Unterstützungsangeboten, um den einfachen Leitsprüchen und populistischen Weltbildern rechter Gruppierungen entgegenzutreten.

Gegen das Vergessen / Akzeptanz der Kulturen

Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und die Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen stellt einen weiteren Projektkontext dar. Wesentliche Motivation war es hier, vorhandene Informationsarchive weiter auszubauen und anhand neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse zu überarbeiten. Ein weiterer Schwerpunkt wurde hier darin gesehen, das Judentum durch den Erhalt von Kulturzeugnissen oder die Entwicklung und Erprobung didaktischer Konzepte zur Vermittlung dieses Themenspektrums als eine auch heute in Deutschland gelebte Religion in der Gesellschaft präsent zu halten und eine Auseinandersetzung anzuregen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Arbeit mit den in Sachsen lebenden Spätaussiedlern, jüdischen Kontingentflüchtlingen und anderen Migranten zu sehen, die sich über Vernetzungs- und Integrationsarbeit, aber auch durch die Verbreitung von Informationen über andere Kulturen und Religionen gegen die Marginalisierung und Diskriminierung dieser Personengruppen richtet. Zentrales Motiv ist es hier, für die zugewanderten Personengruppen einerseits Räume und Strukturen in der Gesellschaft zu schaffen, in denen eine „Begegnung auf Augenhöhe“ möglich ist, aber auch durch Einblicke in die jeweiligen Kul-

turen und Religionen den interkulturellen Dialog und einen toleranten Umgang miteinander zu fördern.

Soziale Kompetenzen

Vor allem bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen fallen vielen Projektträgern immer wieder Defizite und starke Unterschiede in der Entwicklung des Selbstwertgefühls und der sozialen Kompetenzen auf. Besonders hervorgehoben wird der mangelnde Respekt gegenüber Anderen, was als Nährboden für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt gesehen wird. Dies ist aus Sicht der Träger mit einem teilweise fehlenden Demokratieverständnis verbunden, welches vom theoretischen Demokratiebegriff bis hin zu mangelndem Wissen um die Möglichkeiten seiner praktischen/inhaltlichen Ausgestaltung reicht. Die in diesem Kontext angesiedelten Projekte konzentrierten sich darauf, für Kinder und Jugendliche eine Plattform zu schaffen, die es ermöglicht, sich in Gesprächen und Diskussionen mit anderen Meinungen und Anschauungen auseinanderzusetzen. Dadurch sollte zum einen die Meinungsvielfalt in der demokratischen Kultur nachvollziehbar und erfahrbar gemacht werden. Zum anderen galt es, diese Angebote mit einem positiven Erleben von Demokratie zu verknüpfen, um so zu einer Entwicklung demokratischer Fähigkeiten und zur Reflexion der eigenen Lebensgrundlagen beizutragen. Ziel dieser Maßnahmen war es, nicht nur über antidemokratische Denk- und Handlungsmuster aufzuklären, sondern durch die Stärkung durchaus vorhandener demokratischer Grundwerte, Aufklärungsarbeit sowie Wissensvermittlung die bewusste Teilhabe junger Menschen an der Demokratie zu fördern.

Beratungsarbeit

Allgemein wird von vielen Trägern ein Defizit im präventiven Beratungsangebot wahrgenommen. Gerade Lehrer, aber auch Gremien, Institutionen oder Vereine fühlen sich teilweise überfordert oder unsicher, sich klar gegen Rechtsorientierung und Extremismus zu positionieren und angemessen auf extremistische Erscheinungen zu reagieren.⁵

So gibt es eine große Nachfrage nach Bildungsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratie, die mit dem vorhandenen Pool von Trainern oft nur unzureichend abgedeckt werden konnte. Die Ausbildung von neuen Trainern bzw. Multiplikatoren bildete daher eine weitere Motivationsgrundlage für die Projektkonzeption der Träger.

Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung stellte vor allem im ländlichen Raum eine Motivation dar, sich mit Demokratie und Toleranz auseinanderzusetzen. Ansatzpunkt ist hier in erster Linie

⁵ „Rechtsextremismus“ und „Extremismus“ werden von den Trägern weitgehend synonym verwendet. Andere extremistische Erscheinungen haben für die Projektkonzeption nur marginale Bedeutung.

die Abwanderung bzw. das Fehlen von gleichaltrigen Jugendlichen, was neben den allgemeinen Wanderungstendenzen und dem Geburtenrückgang wesentlich auf die verstärkte Abwanderung junger Frauen in städtische Gebiete und in die alten Bundesländer zurückzuführen ist.

Gerade Jugendclubs werden als eine Möglichkeit gesehen, im ländlichen Raum Freizeitangebote verfügbar zu machen und Rückzugsmöglichkeiten in geschützte Räume zu ermöglichen. Die Projektträger engagierten sich hier durch Beratung und Unterstützung beim Erhalt und Aufbau selbstverwalteter Jugendclubs, die nicht nur die Attraktivität der Region für Jugendliche steigern, sondern zudem ehrenamtliches Engagement und die Übernahme von Verantwortung fördern. In diesem Kontext steht auch die besondere Herausforderung der politischen Bildungsarbeit, in einer stark männerdominierten Jugendkultur im ländlichen Raum junge Frauen gezielt zu unterstützen, um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen erlebbar zu gestalten.

3.2 Zielgruppe

Die im Rahmen des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ im Jahr 2005 durchgeführten Projekte wiesen eine große Heterogenität der angesprochenen Zielgruppen auf. Die Mehrzahl der Projektträger richtete sich dabei an mehrere Zielgruppen und formulierte klare Vorstellungen im Hinblick auf diejenigen, die mit ihren Maßnahmen erreicht werden sollten. Auf Grundlage der vorliegenden Sachberichte können jedoch keine Aussagen zur Ausschöpfung der Zielgruppe getroffen werden, da die Projektträger in der Regel eine zahlenmäßig nicht klar zu fassende Zielgruppe angesprochen haben. Die Auswahl der Zielgruppen erfolgte zum einen nach Lebensabschnitten (Kinder, Jugendliche, Erwachsene, alte Menschen), womit die Träger eine jeweils spezifische Problemlage in der Auseinandersetzung mit Toleranz und Demokratie in den einzelnen Lebensabschnitten unterstellten. Zum anderen wurde die Zielgruppe anhand des Alters differenziert, was vor allem mit der Notwendigkeit verschiedener didaktischer und pädagogischer Zugänge begründet wurde. Eine letzte Differenzierung wurde anhand von Rollenmustern vorgenommen, welche die Zielgruppe in Betroffene von Gewalt, Multiplikatoren, Ausländer, Lehrer etc. einteilt und daraus spezifische Erwartungen seitens der Zielgruppe an die inhaltliche Ausgestaltung der Projekte ableitet.

Im den folgenden Abschnitten werden die angesprochenen näher Zielgruppen dargestellt und die thematischen Schwerpunkte wiedergegeben, die dabei zum Tragen kamen.

Zielgruppenspezifische Themen

Ausgehend von den Sachberichten konzentrierten sich 43 Projekte auf die Arbeit mit Jugendlichen. Jugendliche aller Altersstufen wurden dabei als die Zielgruppe gesehen, die

die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft maßgeblich prägt, aber auch als eine Zielgruppe mit besonderem Handlungsbedarf, um fremdenfeindlichen, rassistischen oder allgemein intoleranten Einstellungen entgegenzutreten. Neben der Arbeit mit explizit rechtsorientierten Jugendlichen stellte aber auch die Arbeit mit Jugendlichen, die keine extremen politischen Anschauungen vertreten, ein wichtiges Handlungsfeld dar. Aus Sicht der Träger stand hier die Förderung der Beteiligung an demokratischen Prozessen im Lebensumfeld der Jugendlichen und die kritische Auseinandersetzung mit Demokratie, Extremismus und Partizipation im Mittelpunkt, um so vorhandene demokratische Grundwerte weiter zu stärken. Problematisch erschien die oft mangelnde Planbarkeit der Arbeit mit Jugendlichen, sofern sie nicht über institutionelle Strukturen eingebunden wurden. So machten einige Träger die Erfahrung, dass sich viele Jugendliche eher kurzfristig zur Teilnahme oder Absage von Veranstaltungen entschieden. Zudem wurden Projekte im gewohnten, sozialen Umfeld der Jugendliche besser angenommen und Projekte mit Freizeitcharakter gegenüber Projekten mit pädagogischem Anspruch bevorzugt.

Lediglich zwölf der ausgewerteten Projekte hatten explizit Kinder als Zielgruppe, wobei hier auch die Arbeit mit Schülern an den Grundschulen eingeordnet wurde. Wenngleich bei Kindern im Vor- und Grundschulbereich keine direkten fremdenfeindlichen oder rassistischen Einstellungen zu vermuten sind, werden in diesem Lebensabschnitt bereits wichtige Grundlagen für die Entwicklung des Wertebewusstseins gelegt und können Partizipation und Mitwirkung als wichtige Grundlagen einer lebendigen Demokratie erfahrbar gemacht werden. Zudem stellt gerade die altersspezifische Wissensvermittlung über andere Religionen und Kulturen eine Verbindung zu anderen Denksystemen und Lebensoptionen her, was aus Sicht der Träger zu einer kritischen Reflexion des eigenen Lebens, aber auch zu Akzeptanz und Toleranz anderer Lebensentwürfe beiträgt.

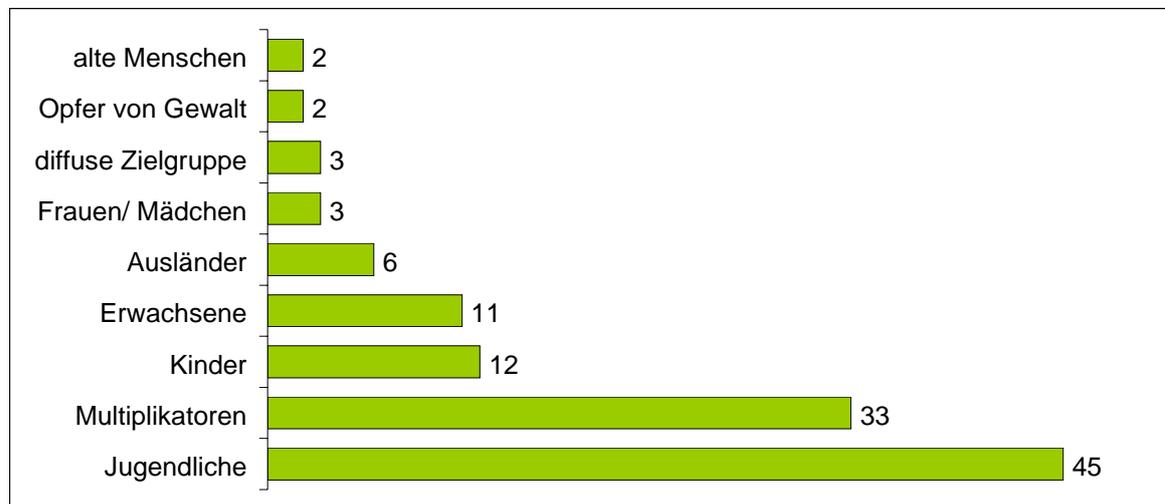
Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Ausbildung und Qualifizierung von Multiplikatoren. Insgesamt 33 Projekte bezogen sich direkt auf jugendliche oder erwachsene Multiplikatoren, wobei hier sowohl projektinterne Maßnahmen (Qualifizierung) als auch nach außen gerichtete Angebote (Aus- und Weiterbildung) durchgeführt wurden.

Drei Projekten sprachen eine unspezifische Zielgruppe an und gingen mit diesen „offenen“ Angeboten bewusst auf die verschiedenen Motive ein, sich mit dem Thema Toleranz und Demokratie auseinanderzusetzen. Hierbei handelte es sich hauptsächlich um die Konzeption und Realisierung von Ausstellungen, den Aufbau einer Bibliothek, die Veranstaltung von Workshops oder von kulturellen Großveranstaltungen.

Zwei Projekte richteten sich direkt an die Opfer von Gewalttaten sowie deren Angehörige, Freunde und Zeugen mit einem rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen Hintergrund, indem Unterstützung und Beratungsleistungen angeboten wurden.

Weithin vernachlässigte Zielgruppen stellen Mädchen und junge Frauen sowie alte Menschen dar. Insgesamt drei Projekte beziehen sich direkt auf Mädchen bzw. junge Frauen. Standen bei zwei Projekten vor dem Hintergrund einer geschlechtsspezifischen Jugendarbeit die Vermittlung von Handlungskompetenzen in konflikträchtigen Situationen sowie allgemein die Stärkung von Mädchen innerhalb der Jugendclique im Vordergrund, reagierte ein Projekt auf das zunehmende Engagement von Frauen und Mädchen in der extremen rechten Szene. Lediglich zwei Projekte sprachen explizit auch alte Menschen an, wobei hier der intergenerative Dialog im Vordergrund stand. Die Gruppe alter Menschen nimmt in unserer Gesellschaft nicht nur zahlenmäßig ein immer größeres Gewicht ein, sondern hat vor allem direkte Erfahrungen mit undemokratischen und menschenverachtenden Ideologien.

Abb. 6: Anzahl von Projekten nach Zielgruppen



Zusammenfassend richteten sich die meisten Projekte allgemein an Jugendliche und/oder an Multiplikatoren. Deutlich wird aber auch, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen (Kinder, Mädchen/Frauen, alte Menschen) nicht in ausreichendem Maße bzw. nicht der Spezifik der Zielgruppe angemessen angesprochen wurden.

Zugang zur Zielgruppe

Der Zugang zur Zielgruppe stellt für eine erfolgreiche und nachhaltige Projektkonzeption eine wesentliche Kategorie dar. Die Projektträger realisierten sehr heterogene Zugänge, die in einem engen Zusammenhang mit der angestrebten Zielgruppe, der Motivation für die Projektdurchführung sowie den Projekttypen standen. Im Folgenden werden vier Formen des Zugangs unterschieden, die sich auf Grundlage der Sachberichte heraus kristallisiert haben:

- (1) das Aufsuchen zielgruppenspezifischer öffentlicher und halböffentlicher Räume,
- (2) die direkte Kontaktaufnahme zu Mitgliedern der Zielgruppe,

(3) mittelbare Integration der Zielgruppe über vordergründig themenunspezifische Angebote und

(4) zielgruppenspezifische, offene Angebote.

(1) Eine wesentliche Strategie bestand darin, zielgruppenspezifische Räume aufzusuchen. Vor allem für die Arbeit mit Jugendlichen wurde der Kontakt über Bildungseinrichtungen (Schulen und Berufsschulen) hergestellt. Als ein wesentlicher Vorteil dieses Zugangs wurde herausgestellt, dass so Jugendliche angesprochen werden, die über außerschulische Bildungsarbeit nicht erreicht werden. Dabei gestaltete es sich teilweise problematisch, Schulen selbst als Akteure zu gewinnen bzw. die deutliche Zurückhaltung vieler Lehrkräfte zu überwinden, das Themenfeld „Demokratie und Toleranz“ auch in das reguläre Curriculum der Schule verstärkt einzubinden. An den Bildungseinrichtungen wurde der Kontakt meist über die Direktoren bzw. die verantwortlichen Lehrer hergestellt, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit vorzustellen und zu planen. Die Kooperation mit Lehren wird aus Sicht vieler Träger dadurch erschwert, dass gerade Schulprojekte als etwas Zusätzliches gesehen werden, das eigene Unterrichtszeit bindet und somit Projekte abgelehnt wurden, weil sie den Erwartungen und Voraussetzungen der Jugendlichen und Lehrer nicht gerecht werden.

Einige Projektträger sprachen die Schüler jedoch auch direkt an und erlebten die Schüler teilweise sehr aufgeschlossen und interessiert. Die an Schulen durchgeführten Projekte reichten von themenspezifischen Projekttagen, Klassentagen, Workshops, Beratungsangeboten bis hin zu Schülerkonferenzen, die sich mit dem Thema Extremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzten. Über die Bildungseinrichtungen wurden auch gezielt Lehrer angesprochen, wobei hier wesentlich die Ausbildung von Multiplikatoren im Vordergrund stand. Weiterhin wurden auch Jugendclubs, Szenetreffs und öffentliche Bibliotheken genutzt, um Zugang zu Kindern und Jugendlichen zu finden.

(2) Eine Vielzahl von Projekten kam über direkten Kontakt zur Zielgruppe zustande. So haben vor allem Lehrer und Pädagogen über persönliche Kontakte von der Arbeit der Träger erfahren bzw. wurden auf Jahrestreffen, Seminaren, pädagogischen Fortbildungsveranstaltungen anderer Träger oder über die entsprechenden Bildungseinrichtungen direkt angesprochen. Ziel war es einerseits, neue ehrenamtliche Multiplikatoren zu gewinnen und andererseits Angebote zu bewerben, sich zusätzliche Handlungs- und Vermittlungskompetenzen im Themenfeld Toleranz und Demokratie anzueignen. Viele Träger stellten den direkten Kontakt zur Zielgruppe zudem als ein wesentliches Mittel dar, um auch die Teile der Gesellschaft zu erreichen, denen es aus verschiedensten Gründen an einem ausreichenden Problembewusstsein mangelt oder die nicht aus eigenem Antrieb die Initiative für eine Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Toleranz und Demokratie ergreifen. So wurden über die Träger Ausbildungsbetriebe, Krankenhäuser, Verbände und Vereine, aber auch Stadtverwaltungen oder Kommunalpolitiker direkt kontaktiert.

Auch Beratungs- und Unterstützungsprojekte für Opfer rechtsextremer Gewalt sowie die Mobilen Beratungsteams suchten den direkten Kontakt zu ihrer Zielgruppe. Gründe für die Wahl dieses Zugangs liegen hier einerseits in Informationsdefiziten über entsprechende Angebote bei den Betroffenen, aber vielfach auch in der Zurückhaltung, externe Hilfe zu suchen und anzunehmen.

Neben dem direkten Zugang auf die Zielgruppe kamen Projekte auch auf Grund der Nachfrage nach bestimmten Veranstaltungen und Beratungsangeboten zustande. Die entsprechenden Projektträger verstanden dies als besondere Motivation, sich auf diesen Feldern (Aufklärung zu Homosexualität, rechtsextremistische Symbole/Musik, Extremismus allgemein) verstärkt zu engagieren und entsprechende Projekte zu konzipieren. Teilweise wurden die Träger über die Nachfragen überhaupt erst auf ein bestimmtes Problemfeld aufmerksam. Dieser Zugang setzt bei der Zielgruppe ein Problembewusstsein voraus, welches nicht prinzipiell unterstellt werden kann oder erst zu einem eher späten Zeitpunkt einsetzt. Andererseits verweist diese Zugangsmöglichkeit aber auch auf die Notwendigkeit von öffentlich bekannten Anlaufpunkten (Netzwerkstellen, Projektbüros), um ein möglichst niedrigschwelliges Angebot zur Kontaktaufnahme zu realisieren, wie es vor allem für den Einsatz mobiler Beratungs- und Aufklärungsteams sowie die mobile Opferberatung nötig ist.

(3) Eine weitere Gruppe von Trägern erreichte ihre Zielgruppe über eher unspezifische Angebote, die Inhalte des Landesprogramms nur mittelbar transportierten. Der Vorteil dieses Zugangs liegt aus Sicht der Träger darin, dass vor allem Jugendliche, aber auch Erwachsene erreicht werden, die nicht vordergründig an der Thematik interessiert sind. So wurden länderübergreifende Jugendcamps, offene Veranstaltungen im Freizeitbereich, Bürgerfeste, Sportveranstaltungen sowie größere Rock-Konzerte und Bandausschilde durchgeführt. Einen weiteren Zugang stellen theaterpädagogische Projekte dar, die vor allem Jugendliche ansprechen und über einen künstlerisch-pädagogischen Zugang das Themenfeld erschließen. Diese Projekte machen die Auswirkungen fehlender Toleranz und Demokratie erfahrbar, bieten aber auch Raum, eigene Verhaltensweisen spielerisch auszutesten und zu reflektieren. Zudem entfaltet sie über die künstlerisch transportierten Inhalte eine Außenwirkung, die über die direkte Zielgruppe des Projektes hinausgeht.

(4) Weiterhin wurden durch die Projektträger auch auf einer reinen Angebotsbasis Veranstaltungen und Projekte konzipiert, die sich mit speziellen Themen auseinandersetzten. Dazu zählen vor allem Vorträge, Abendveranstaltungen oder Tagesseminare, aber auch Ausstellungen oder Stadt- und Friedhofsführungen. Als problematisch an diesem Zugang hat sich erwiesen, dass im Wesentlichen nur Personen angesprochen wurden, die sich ohnehin für diese spezifischen Themen interessieren und eine Breitenwirkung nur bedingt erreicht wurde.

Die Konzeption, Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien stellte, oft auch als Teil der Öffentlichkeitsarbeit, einen weiteren Zielgruppenzugang dar. Angefangen von Broschüren zu Themen wie Extremismus, Präventions- und Interventionsansätzen, Demokratie, dem religiösen Leben von Zuwanderern bis hin zu Zeitungen mit hohen Auflagen ist hier trotz der relativ unspezifischen Zielgruppe (Pädagogen, Schüler, Studierende, interessierte Öffentlichkeit, Verwaltung, Beratungsstellen) eine hohe Breitenwirkung zu erwarten, wengleich die Rezeption dieser Informationsmaterialien nicht kontrolliert werden kann.

Ein letztes offenes, aber themenspezifisches Angebot stellten Vernetzungsstellen und Projektbüros dar. Diese boten nicht nur ein niedrighschwelliges Angebot zur Kontaktaufnahme in Problemsituationen, sondern förderten zudem nachhaltig den Informationsaustausch sowie die Zusammenarbeit zwischen den Projekten. Die Projektträger nutzten entsprechende Netzwerktreffen außerdem, um Multiplikatoren und neue Mitarbeiter für ihre Projekte zu gewinnen.

3.3 Strukturelle Faktoren der Projekte

Die Projektträger selbst stehen in diesem Kapitel im Mittelpunkt der Betrachtung. Ausgehend von den Angaben in den Sachberichten werden deren personelle Ausstattung, Finanzierung sowie der räumliche Wirkungskreis der durchgeführten Maßnahmen dargestellt.

Personal

Deutlich mehr als die Hälfte der geförderten Projektträger (45)⁶ konnte auf professionelle Personalstrukturen zurückgreifen und einen oder mehrere hauptamtlich Beschäftigte bei der Planung, Koordinierung und Durchführung der Projekte einsetzen. Über das Landesprogramm wurden besonders im Fall der Strukturprojekte hauptamtliche Personalstellen kofinanziert. In der Mehrzahl der Fälle baute die Förderung jedoch projektspezifisch auf bestehende Personalstrukturen auf. Dies war vor allem bei den geförderten Kommunen, aber auch bei Trägern der Jugendhilfe und etablierten Vereinen bzw. Stiftungen der Fall. Wesentliche Aufgabengebiete der fest angestellten Mitarbeiter waren die Konzeption verschiedener Maßnahmen, die Anleitung von Ehrenamtlichen, die Koordination der Projektbestandteile und die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements zur Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeiter. Die Arbeit der Strukturprojekte (Mobile Beratungsteams, Opferberatung) wurde nahezu ausschließlich durch Hauptamtlicher gewährleistet. Das ist vor allem

⁶ Die ermittelten Zahlenwerte sind in Summe nicht mit der Anzahl der geförderten Projektträger (69) identisch, da viele Träger sowohl auf hauptamtliche, ehrenamtliche und auf Honorarbasis beschäftigte Mitarbeiter zurückgriffen.

der Tatsache geschuldet, dass hier entsprechend qualifizierte Fachkräfte mit hohen zeitlichen Ressourcen notwendig sind, die außerhalb einer professionellen Struktur nur schwer sichergestellt werden können. Eine nicht zu vernachlässigende Rolle bei der Durchführung der Projekte spielten bei einer Reihe von Trägern zudem Praktikanten, ABM-Kräfte, 1-Euro-Jobber sowie Jugendliche im Freiwilligen Sozialen Jahr und Zivildienstleistende.

29 Projektträger bedienten sich im Laufe der Projekte entweder einmalig oder kontinuierlich der Mitwirkung von Kräften auf Honorarbasis. Als Honorarkräfte wurden einerseits externe Referenten und Experten zur Durchführung von Seminaren, von Workshops zur Qualitätssicherung der Projektarbeit sowie für sonstige externe Beratungsleistungen engagiert. Der Großteil der Honorarkosten wurde jedoch für projektbegleitende, öffentlichkeitswirksame Aktionen aufgewendet.

Besonders auffällig war der hohe Anteil an ehrenamtlichen Mitarbeitern in einer Vielzahl der Projekte. Dieser Umstand ist einerseits darauf zurückzuführen, dass der größte Teil der Maßnahmen ohne unentgeltliches Engagement nicht umsetzbar gewesen wäre. Andererseits ist die relativ große Anzahl an Freiwilligen dem Umstand geschuldet, dass bei vielen Projektträgern die Integration zivilgesellschaftlicher Akteure ein wesentliches Ziel der Projektarbeit darstellte. Den größten Anteil ehrenamtlicher Beteiligter stellten Jugendliche und junge Erwachsene. Hier fanden sich oft Schüler, Studenten, Auszubildende und Praktikanten in den entsprechenden Projekten. Aus anderen Altersgruppen waren merklich weniger Freiwillige bereit, sich zu engagieren.

Die freiwillige Mitarbeit von Bürgern bedingte in fast allen Fällen eine professionelle Anleitung durch fest angestellte Mitarbeiter bzw. Honorarkräfte. Nur vereinzelt wurden Projektbestandteile ausschließlich von Ehrenamtlichen durchgeführt. Das betraf beispielsweise öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Konzerte und Ausstellungen. Bei einigen Projekten spielte vor allem in der Konzeptionsphase ehrenamtliche Tätigkeit eine große Rolle. Die Träger gaben jedoch an, dass mit zunehmendem Projektfortschritt elementare Aufgaben wie Projektkoordination und Verwaltung nicht mehr ehrenamtlich zu leisten waren.

Finanzen

Grundlage der in den folgenden Abschnitten getroffenen Aussagen sind die von den Projektträgern eingereichten und genehmigten Finanzpläne.⁷

Bei 16 Projekten, die vom Teilprogramm CIVITAS des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ gefördert wurden, übernahm das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ die Kofinanzierung, ebenso bei zwei vom Teilprogramm ENTIMON unter-

⁷ Bedingt durch die späten Abgabeterminen für die finanziellen Verwendungsnachweise (in Einzelfällen verlängert bis Ende September 2006), die zu großen Teilen noch nicht abschließend geprüft werden konnten, ist eine Auswertung der tatsächlich ausgegebenen Mittel derzeit nicht möglich.

stützten Projekten. Auf diese Weise konnten mit Mitteln des Landesprogramms (370.476 Euro) Finanzmittel des Bundes aus den CIVITAS und ENTIMON Programmen in Höhe von insgesamt 1.121.621 Euro für Sachsen gesichert werden.

Abb. 7 Überblick über die durch Kofinanzierung gesicherten Bundes- und EU-Mittel

„Weltoffenes Sachsen“	387.476 Euro
CIVITAS	1.024.938,05 Euro
ENTIMON	96.683,00 Euro
Sonstige Bundesmittel	92.554,00 Euro
EU-Mittel	16.700,00 Euro

Eine Vielzahl von Projekten wurde darüber hinaus von den Kommunen sowohl finanziell als auch strukturell unterstützt. Zu den Finanzquellen, die von den Projektträgern erschlossen wurden, gehören ebenso verschiedene Stiftungen, private Sponsoren und Spenden. Insgesamt warben die Projektträger Drittmittel in Höhe von ca. 170.000 Euro ein und steuerten Eigenmittel in Höhe von ca. 110.000 Euro bei.

Aus diesem Überblick zur Finanzierung der durch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Toleranz und Demokratie“ geförderten Maßnahmen wird offenkundig, dass das Programm eine wichtige Funktion als finanzieller Multiplikator für die sächsischen Projekte erfüllt. Die vom Freistaat im Rahmen des Programms bereitgestellten Mittel konnten durch gezielte Kofinanzierung verdreifacht werden. Dies muss nicht zwingend bedeuten, dass die kofinanzierten Projekte ohne Mittel aus dem Programm „Weltoffenes Sachsen“ nicht existieren würden, wenngleich das bei einigen Projekten tatsächlich der Fall sein dürfte.

Mehrfach wurde zudem auf den hohen Aufwand verwiesen, den die Akquise von Finanzmitteln bei verschiedenen Förderprogrammen, Stiftungen oder privaten Sponsoren nach sich zieht. Diese band teils erhebliche Ressourcen und stellte vor allem die kleineren Projektträger vor Herausforderungen.

Räumliche Dimension

Die über das Landesprogramm geförderten Projekte lassen sich auch hinsichtlich ihrer räumlichen Wirkung differenzieren. Im Folgenden wird eine Unterscheidung in lokale, regionale und überregionale Projekte vorgenommen. Die Grenzen dieser Unterteilung sind fließend, geben aber einen Eindruck von der räumlichen Wirkung der geförderten Projekte.

Mit 33 Trägern bilden die lokalen Projekte in einzelnen Städten und Gemeinden die Mehrheit der geförderten Maßnahmen. Hierbei handelt es sich zumeist um Veranstaltungen in Schulen, Gemeindezentren, Jugendclubs und vergleichbaren öffentlichen Räumen. Die Zielgruppe bildeten hierbei fast ausschließlich Anwohner aus der direkten Nachbarschaft bzw. das entsprechende Klientel des jeweiligen Veranstaltungsortes. Durchgeführt wurden

vor allem Workshops, Seminare mit Multiplikatoren und demokratiebildende Maßnahmen in Schulklassen. Letztlich wurden auch öffentlicher Vorträge und Lesungen als lokale Projekte eingestuft, wobei sich das Besucherspektrum auf Basis der Sachberichte nicht nachvollziehen lässt.

27 Projekte entfalteten eine regionale Wirkung, indem sich die Maßnahmen und Veranstaltungen territorial auf einen Landkreis beschränkten. Einen Großteil dieser Art von Projekten stellt die Aus- und Weiterbildung von Multiplikatoren dar, sowie eine handvoll Konzerte und Sportveranstaltungen. Verschiedene Träger definierten ihren Wirkungsbereich bewusst innerhalb der Grenzen des jeweiligen Landkreises. Auf diese Weise war es möglich, den finanziellen Rahmen im Blick zu behalten und vor allem zielgruppenspezifische Angebote entsprechend den territorialen Erfordernissen auszugestalten.

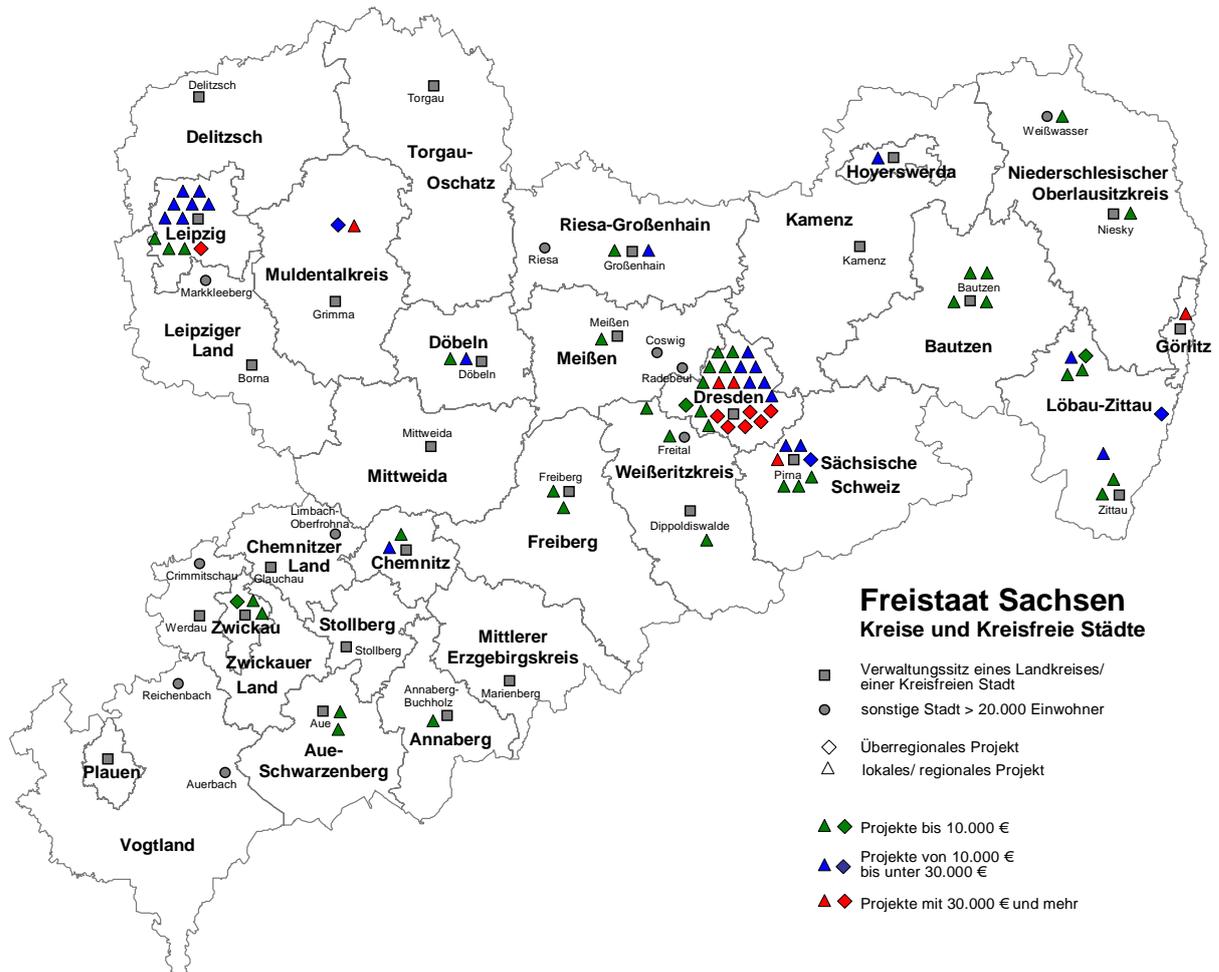
Interessant in dieser Hinsicht war die Jugendarbeit im Landkreis Sächsische Schweiz. Auf Grund der von den Trägern erkannten besonders prekären Situation mit rechtsextremistischen Tendenzen konnte hier die gezielte und intensive Betreuung von Jugendeinrichtungen sowie eine nachhaltige Präventionsarbeit geleistet werden.

Auch in anderen Landkreisen wurden territorial spezifische Projekte umgesetzt. Exemplarisch seien hier Fußballturniere mit Aussiedlern, Schulband-Wettbewerbe gegen Extremismus und der Erarbeitung einer Ausstellung zur Geschichte der Euthanasie in Zwickau im Dritten Reich genannt.

Letztlich wurden über das Landesprogramm 16 überregionale Projekte gefördert. Diese verfügten in der Regel über deutlich mehr finanzielle Ressourcen. Bei den Trägern, welche in zwei oder mehr Landkreisen tätig waren, handelte es sich in den meisten Fällen um kofinanzierte Projektträger, die häufig mit mehreren Personalstellen ausgestattet waren. Tätigkeitsschwerpunkte bildeten Veranstaltungen zur politischen Bildung in Form von Kongressen, Tagungen und Workshops sowie die Netzwerkarbeit, die dem Austausch und der Weiterbildung unter Fachkräften, ehrenamtlichen Mitarbeitern und Multiplikatoren dienten. Zudem agierten auch die beiden Opferberatungsprojekte mit einem landesweiten Wirkungsbereich.

Eine große Anzahl der Projektträger beschäftigte sich zudem mit der Erstellung und Ausreichung von Publikationen in verschiedenster Form. Neben Handreichungen für Pädagogen und Mitarbeiter der Jugendarbeit in gedruckter Form wurde von den Projektträgern das Internet mit der Versendung von Newslettern und der Nutzung von E-Groups gezielt als neue Plattform für eine regionenübergreifende Arbeit und zur zeitnahen Verbreitung von Informationen erschlossen.

Abb. 8: Verteilung der im Jahr 2005 geförderten Projekte und Fördersummen



Die unterstützten Projektträger konzentrierten sich stark auf die Oberzentren Leipzig und Dresden, während die strukturschwachen Regionen, aber auch Städte wie Chemnitz, deutlich zurücklagen. In einzelnen Landkreisen wurden keinerlei Projekte gefördert, wobei hier für die Förderperiode 2005 auch keine Anträge vorlagen. Zudem bezogen sich viele überregionale Projekte in ihrer Arbeit ebenfalls hauptsächlich auf die größeren Städte im Freistaat.

3.4 Öffentlichkeitsarbeit

Bei nahezu allen im Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ innerhalb des Berichtszeitraums geförderten Trägern war die Einbeziehung der Bevölkerung durch eine effektive und umfassende Öffentlichkeitsarbeit ein zentraler Bestandteil ihrer Projektarbeit.

Den wohl wichtigsten Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit stellte die Erstellung und Verbreitung von Publikationen gedruckter Art dar. Insgesamt bedienten sich 22 Träger dieser Möglichkeit, wobei zwischen regelmäßigen Veröffentlichungen und solchen, die einmalig in Umlauf gebracht worden sind, unterschieden werden kann.

Die beliebtesten Formen der gedruckten Publikationen waren eindeutig Faltblätter, Flyer und Postkarten. Vorteile dieser Medien bestehen darin, dass sich hier der Kostenaufwand leicht überblicken lässt und die Artikel auf Grund ihrer Größe für Verteiler und Empfänger gleichermaßen leicht zu handhaben sind. Während Postkarten sich meistens auf schlagkräftige Slogans zu verschiedenen Themen beschränkten, widmeten sich die erstellten Faltblätter und Flyer fast ausschließlich der Aufklärung zum Thema Rechtsextremismus. Neben allgemeinen Informationen und der Ankündigung von Veranstaltungen fanden sich hier auch Hinweise zu regionalen Entwicklungstendenzen und Problemen. Oft fand eine Verbreitung durch Postwurf in Briefkästen sowie Verteilaktionen in öffentlichen Räumen bzw. bei Veranstaltungen statt. In einem speziellen Fall konnten 10.600 Flyer in einer kostenlosen regionalen Wochenzeitung im Muldentalkreis verteilt werden. Die Postkarten wurden zumeist in Jugendtreffs und in der Szene-Gastronomie ausgelegt, so dass die Projekte damit ihre Zielgruppe direkt ansprachen.

Als ähnlich effektiv hinsichtlich der Öffentlichkeitswirkung betrachteten die Träger die themenbezogene Herstellung und Publikation von Plakaten. Hier kam es vor allem zur Bewerbung von verschiedenen Veranstaltungen wie Konzerten und anderen Aktionen in öffentlichen Räumen. Vereinzelt wurden auch allgemeine Plakate zum Thema Rechtsextremismus erstellt.

Zwei Projekte wurden durch das Erscheinen der durch die NPD verteilten rechtsextremen „Schulhof CD“ zur Publikation eines „Antirassismus-Samplers“ bzw. der CD „Nazis WEG Hören“ motiviert. Diese Tonträger stießen auf reges Interesse bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Auf den CDs waren Musikstücke lokaler Bands zu hören, die sich gegen die Unterwanderung der Jugendszene durch rechte Musik stellten. Darüber hinaus kam es zur Erstellung von Informationsbriefen für Pädagogen und vereinzelt wurden persönliche Briefe an Schüler versendet. Des Weiteren wurde im Beisein von Vertretern der Staatsregierung sowie politisch verantwortlichen Vertretern der Region in Zwickau eine Gedenktafel für die regionalen Opfer von Euthanasie und Sterilisation in der Zeit des Nationalsozialismus eingeweiht.

Regelmäßig erscheinende Publikationen spielten ebenfalls eine Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit der im Landesprogramm geförderten Maßnahmen. Hier sind vor allem Vereinszeitungen zu nennen, die sich mit der Arbeit der einzelnen Projekte beschäftigten sowie die turnusmäßige Versendung von so genannten Bürgerbriefen. Diese setzten sich mit lokalen Phänomenen des Rechtsextremismus auseinander, mit dem Ziel, die Bürgerschaft aufzuklären und zu bürgerschaftlichem Engagement zu motivieren.

Weiterhin sind in dieser Rubrik die von den Opferberatungsstellen erstellten Datenbanken und Statistiken zu nennen. Alle durchgeführten Beratungsgespräche wurden anonymisiert und in Datenbanken eingearbeitet, welche als Grundlage für die Veröffentlichung der Jahresstatistiken dienen.

Sämtliche aus dem Landesprogramm geförderten gedruckten Publikationen wurden kostenlos an die Öffentlichkeit abgegeben und fanden nach den Angaben in den Sachberichten zumeist großen Anklang in der Bevölkerung.

Insgesamt 18 Träger stellten für den Berichtszeitraum 2005 eine intensive Zusammenarbeit mit lokalen und überregionalen Medien heraus. Während nahezu alle Projekte des Programms Eingang in die öffentlichen Medien gefunden haben, beschäftigten sich diese 18 Träger explizit mit den Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit mit Hilfe von Presse und Fernsehen.

Oberste Priorität hatte hier die Zusammenarbeit mit lokalen Tageszeitungen. Viele Redaktionen konnten gewonnen werden, über die Projekte und in diesem Zusammenhang vereinzelt auch über das vom Freistaat initiierte Programm Informationen zu verbreiten. Maßgebliche Erfolge konnten auf diesem Gebiet durch die regelmäßige Versendung von Pressemitteilungen erzielt werden, besonders bei größeren Projektträgern, die über spezielle Strukturen für diese Arbeit verfügen. Vereinzelt standen hierfür Pressereferenten zur Verfügung. Die Durchführung von regelmäßigen Pressegesprächen, verbunden mit der Bekanntgabe von Statistiken, hat dazu geführt, dass einzelne Träger als kompetente Ansprechpartner für Probleme mit Rechtsextremismus auch in überregionalen Medien gehandelt wurden.

Neben der Zusammenarbeit mit Tageszeitungen kam es vereinzelt auch zur Präsenz der Projekte in Radio und Fernsehen. Im Rahmen der Berichterstattung ergaben sich hier auch fruchtbare Kooperationen zwischen Trägern und lokalen Rundfunkanstalten, die sich unter anderem in der gemeinsamen Bewerbung von Veranstaltungen äußerten. Diese Art der Zusammenarbeit wurde ebenso wie gemeinsame öffentlichkeitswirksame Auftritte mit anderen Maßnahmeträgern von den Veranstaltern als außerordentlich effektiv eingeschätzt. Als hilfreich wurde diesbezüglich auch die Präsenz von politischen Verantwortungsträgern auf Kommunal- und Landesebene gesehen.

Die Nutzung des Internets und der damit verbundenen Kommunikationsmöglichkeiten war für 21 Projektträger ein fester Bestandteil ihrer Projektarbeit. Hinzu kommen noch zwei Träger, die eine Telefonhotline zur Beratung von Jugendlichen und Pädagogen einrichteten.

Ein Großteil der Projekte erstellte im Rahmen ihrer Arbeit eine begleitende Internetpräsenz, die über das Projekt an sich, aber auch Informationen zum Stand der Arbeit sowie Ergebnisse und Statistiken vermittelt. Neben der reinen Informationsweitergabe nutzten die

Projektträger zudem die Möglichkeit, innerhalb von Foren und durch die Versendung von Newslettern auf einer interaktiven Ebene mit den Besuchern in Kontakt zu treten. Als Innovation hinsichtlich der Erreichung der Zielgruppe kann die Installation eines Meldesystems für Opfer und Zeugen rechter Gewalt betrachtet werden, welches angesichts des aufsuchenden Ansatzes der Opferberatungsstellen eine Arbeitserleichterung darstellte.

Als eher gering kann mit neun Trägern der Anteil von durch das Landesprogramm geförderten Initiatoren von kulturellen Veranstaltungen eingeschätzt werden, obwohl die durchgeführten Kulturveranstaltungen bei den Besuchern und bei der Presse auf große Resonanz stießen. Konzerte gegen Extremismus, Gewalt und Rassismus konnten jeweils bis zu 20.000 Besucher verzeichnen. Vereinzelt fanden gut besuchte Festivals statt, welche neben Musik verschiedener Künstler noch weitere kulturelle Angebote machten. Nicht weniger beliebt waren Aufführungen von Schul- und Laientheatergruppen. Hier konnten auch theaterpädagogische Ansätze umgesetzt werden. Neben den genannten Veranstaltungen gab es diverse Filmvorführungen, Verlosungen und eine „HipHop-Challenge“.

Abb. 9 Übersicht zu Veranstaltungsteilnehmern (Datengrundlage: Maßnahmenstatistik Landesjugendamt - Teilnehmerzahlen)

	Erreichte Teilnehmer
Jugendliche	56.158
davon Multiplikatoren	6.752
Erwachsene	18.228
davon Multiplikatoren	4.905
Teilnehmer gesamt	86.043
Durchgeführte Veranstaltungen gesamt	865

3.5 Vernetzung

Der Vernetzungsarbeit kommt aus Sicht vieler Träger eine besondere Bedeutung zu. Netzwerke bündeln nicht nur Ressourcen, sondern dienen auch einem umfassenden Informationsaustausch, bieten verschiedenste Unterstützungsleistungen, vereinfachen den Zugang zur entsprechenden Zielgruppe und ermöglichen durch Erfahrungsaustausch eine Qualitätssteigerung der Projektarbeit. Nicht zuletzt machen Netzwerke auch in der Öffentlichkeit deutlich, dass sich eine breite Gruppe von Menschen engagiert und unterstreichen so die gesellschaftliche Relevanz der Einzelprojekte.

Nahezu alle Träger, die über das Landesprogramm gefördert wurden, sind in Netzwerke eingebunden. Hierunter zählen zunächst die landesweiten Netzwerke „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ sowie das „Netzwerk Tolerantes Sachsen“. Weiterhin haben sich eine Reihe lokaler Netzwerke etabliert, die auf spezifische, regionale Problemsituationen reagieren. Beispielhaft seien hier das Netzwerk für Toleranz Großenhain, das Netzwerk

„Brückenbau“ in Bautzen und die Steuerungsgruppe Extremismus im Landkreis Sächsische Schweiz genannt. Zudem sind einige Träger in landesweite Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke eingebunden, die einerseits lokale Ansprechpartner zur Verfügung stellen, aber auch den Aufbau einer routinierten Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und verschiedensten Institutionen unterstützen. Letztlich gibt es Träger wie das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK) in Wurzen, die Netzwerkstelle „Augen auf“ oder das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit in Chemnitz, die ihre primäre Aufgabe in der Vernetzungsarbeit sehen.

Im Folgenden soll basierend auf den Sachberichten der Träger dargestellt werden, aus welchen Gründen und mit welchen Zielen Vernetzungsarbeit betrieben wurde, wie die Vernetzungsarbeit konkret gelungen ist und welche gesellschaftlichen Gruppen in die Netzwerke einbezogen wurden.

Gründe und Ziele der Vernetzung

Der Zugewinn an Informationen, ein effizienterer Informationsaustausch sowie die Verkürzung von Kommunikationswegen stellten für viele Träger einen wesentlichen Vernetzungsgrund dar. Neben dem fachspezifischen Erfahrungsaustausch und der Weitergabe von „best-practice“-Beispielen wurde Vernetzung auch betrieben, um wechselseitig Einblicke in die eigenen Arbeitsfelder zu verschaffen und die Akzeptanz unterschiedlicher Ansätze und Zugänge zu den jeweiligen Problemfeldern zu stärken. In diesem Sinne wurden durch die Träger vor allem Kooperationen mit der kommunalen Verwaltung, politischen Entscheidungsträgern und der Polizei angestrebt.

Einen weiteren Grund für die Vernetzung stellten regionale Vorfälle mit meist rechtsextremistischen Tathintergründen dar, die für verschiedene gesellschaftliche Gruppen einen dringenden Handlungsbedarf deutlich machten, der über die Vernetzung der Akteure koordiniert wurde. Zudem ermöglichte die Vernetzung aus Sicht der Träger über die Einbindung verschiedener Interessengruppen ein effizientes und zielgerichtetes Handeln.

Neben diesen auf Wechselseitigkeit basierenden Netzwerken wurden auch Netzwerke geknüpft und ausgebaut, die vorrangig einer Optimierung der eigenen Arbeit der Träger dienten. Vor allem die verschiedenen Beratungsprojekte sahen in der Kooperation mit Rechtsanwälten, Therapeuten, Sozialpädagogen, Dolmetschern oder anderen Beratungsstellen eine Möglichkeit, für die eigene Arbeit schnell und unkompliziert Fachkompetenzen zu erschließen. Neben der fachlichen Zusammenarbeit wurde über diese Netzwerke auch ein verbesserter Zugang zur Zielgruppe erreicht, indem Betroffene in die regional zuständigen Beratungsstellen der Träger vermittelt wurden. Zudem trug vor allem die Einbindung kommunaler Entscheidungsträger dazu bei, eine effizientere Kommunikationsstruktur aufzubauen.

Projektintern trägt Vernetzung aus Sicht der Träger auch zu einer qualitativen Entwicklung der eigenen Projektarbeit bei. So wurden projektübergreifende Steuerungsgruppen genutzt, um Qualitätskriterien für die eigene Arbeit zu entwickeln. Multiplikatorenschulungen sowie Aufklärungs- und Bildungsarbeit konnten über Arbeitsteilung und Ressourcenaustausch zwischen den vernetzten Projekten effizienter gestaltet werden. Nicht zuletzt stellte der Aufbau eines Netzwerkes lokaler Ansprechpartner für die Träger eine Möglichkeit dar, den räumlichen Wirkungskreis der Projekte auszuweiten und durch die so gesteigerte Präsenz zivilgesellschaftliche Akteure und Einzelinitiativen besser zu integrieren und Möglichkeiten des Engagements zu schaffen.

Letztlich wurden Vernetzungsangebote etabliert, um gezielt Einzelinitiativen zu bündeln und über ein gemeinsames Auftreten der Interessengruppen die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu unterstützen, Möglichkeiten des Engagements zu schaffen und Eigeninitiative zu unterstützen. So ist aus Sicht der Träger bei vielen Jugendlichen ein Wille zu gesellschaftlichem Engagement zu spüren, welches aber über die Vermittlung von Wissen und Erfahrungen bis hin zur Bereitstellung von Räumlichkeiten gefördert und begleitet werden muss.

Vernetzungsformen

Die von den Trägern praktizierten Formen der Vernetzung lassen sich nach dem Grad der Institutionalisierung, dem Zeithorizont und der thematischen Ausrichtung unterscheiden. Neben regionalen Netzwerken, die meist auf kommunaler Ebene angesiedelt sind, haben sich die geförderten Träger auch in landesweiten Netzwerken engagiert oder diese Netzwerke im Rahmen der Projektförderung über das Landesprogramm entwickelt oder ausgebaut.

Die Mehrzahl der Projektträger ist im Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ integriert. Dieses Netzwerk bietet über die thematische Offenheit, den hohen Bekanntheitsgrad und regelmäßige Netzwerktreffen einen institutionellen Rahmen, der einen unproblematischen Zugang neuer Projekte in das Netzwerk sichert und im großen Umfang Ressourcen für die Mitglieder erschließt. Deutlich wird aber auch, dass innerhalb dieses großen Kooperationsnetzwerkes ein Bedarf nach Differenzierung besteht. So wurden etwa Handlungskonzepte für ein Netzwerk von Spätaussiedlerinitiativen innerhalb des Netzwerkes „Tolerantes Sachsen“ entworfen, um neben der fachlichen und politischen Arbeit auch Potenziale gegenseitiger Unterstützung sowie Möglichkeiten zur Traditionspflege zu erschließen. Im Gegensatz zu diesen engen Partnerschaften wurden von den Trägern vereinzelt auch lose Kooperationen zu anderen Initiativen, aber auch zu Institutionen wie Polizei, Justiz oder Ausländerbehörden angestrebt. Diese Form der Vernetzung kann bei Bedarf von allen Mitgliedern des Netzwerkes schnell und unkompliziert aktiviert werden, vermeidet aber den oft hohen Ressourceneinsatz, der mit einer kontinuierlichen Netzwerkarbeit verbunden ist.

Eine weitere Form der Vernetzung stellen Fachnetzwerke dar. Diese Netzwerke konzentrieren sich auf einen ausgewählten Themenkreis und sprechen daher nur Projektträger und Initiativen an, die sich in diesem spezifischen Themenfeld engagieren. Fachnetzwerke zu Themen wie Migration/Asyl, islamische Religion oder gleichgeschlechtliche und transgener Lebensweisen sind teilweise in bestehende Netzwerkstrukturen eingebunden, arbeiten aber auch selbständig. Wesentliche Ausrichtung ist hier die Bündelung von Fachkompetenzen.

Von den Trägern wurde vielfach die Notwendigkeit angesprochen, im Rahmen der Netzwerkarbeit einen zentralen Anlaufpunkt für die verschiedenen Akteure und feste Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen. Diese zentrierte Netzwerkstruktur eignet sich besonders für die Einbindung neuer Akteure wie Schulen, Berufsverbänden oder Kirchen, die nicht originär zum Netzwerkthema arbeiten, aber auf den Wissenstransfer aus dem Netzwerk zurückgreifen möchten. So wurden vor allem im Bereich der Mittelschulen und Gymnasien stabile Partnerschaften begründet, die auch perspektivisch einen Zugang zu dieser Zielgruppe offen halten.

Betrachtet man den zeitlichen Horizont der Vernetzung, fällt auf, dass sich einige Netzwerke in Reaktion auf konkrete Vorfälle gebildet haben. Diese Netzwerke zeichnen sich meist durch eine hohe Heterogenität der integrierten Personenkreise (örtliche Gewerkschaft, Pfarrer, Schulen, Polizei, Stadtverwaltung, mobile Jugendarbeit) aus, und dienen der Bearbeitung einer konkreten Aufgabe (Bsp.: Umgang mit extremistischen Ausschreitungen). Wesentliches Ziel dieser Netzwerke ist die Koordination der verschiedenen Einzelhandlungen, die sich für alle Interessengruppen aus einem allgemein anerkannten Handlungsbedarf ergeben. Es bleibt abzuwarten, ob sich auch aus diesen Kooperationen längerfristig aktive Netzwerke herausbilden.

Vernetzungspartner

Naturgemäß binden Netzwerke eine Vielzahl verschiedener Akteure in ihre Arbeit ein. Diese Einbindung lässt sich vor allem nach den Handlungszielen der Netzwerke differenzieren.

Netzwerke, die auf einen konkreten Handlungsbedarf reagieren, binden sehr heterogene Akteure ein. Dazu zählen zum einen Akteure, welche den Zugang zur Zielgruppe ermöglichen (Eltern, Bildungseinrichtungen, Sozialarbeiter, Jugendclubs) und Akteure, die auf Grund ihrer Tätigkeit oder Aufgabenbereiche ein Interesse an der Bearbeitung der konkreten Probleme haben (Staatsschutz, Polizei, Politik, Verwaltung). Beide Akteursgruppen profitieren aus Sicht der Träger durch die Vernetzung wesentlich von einer verbesserten Kommunikationsstruktur und Handlungsfähigkeit.

Kooperationen der Projektträger mit Jugendeinrichtungen, Jugendlichen vor Ort und Bildungseinrichtungen wurden von den Trägern vor allem angestrebt, um über die aktuelle

Zusammenarbeit hinaus als Ansprechpartner bei Problemen zur Verfügung zu stehen, aber auch, um über eine nachhaltige Kooperation und den verbesserten Zugang zur Zielgruppe die Planung und Durchführung zukünftiger Projekte effizienter zu gestalten. In diese Gruppe fallen auch Vernetzungsprojekte, die darauf abzielen, für die jeweiligen Projektträger ein breites Netz lokaler und überregionaler Ansprechpartner verfügbar zu halten und für die Projektarbeit nutzbar zu machen. Dies sind insbesondere Kontakte zu Bürgermeister, Schulleitern, Polizei, Kirchen, Ämtern oder auch Gewerkschaften, bundesweiten Initiativen und Institutionen der politischen Bildung. Hervorzuheben sind Partnerschaften mit Kulturämtern und Sportvereinen. Diese Vernetzungspartner erschließen nicht nur eine für die präventive Arbeit wesentliche Zielgruppe (Kinder und Jugendliche), sondern ermöglichen auch neue Zugänge zur Vermittlung von Demokratieverständnis und Toleranz.

Besonders Netzwerkprojekte, die sich auf die Bündelung von Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus konzentrierten, versuchten zudem auch, ganze Kommunen in die Netzwerke einzubinden. Dies erfolgte zum einen mit dem Ziel, die inhaltlichen Aussagen der Netzwerkprojekte von den Einzelinitiativen zu trennen und diesen Aussagen als Standpunkte einer ganzen Region mehr Verbindlichkeit zu verleihen. Zum anderen stellten gerade grenzüberschreitende Kooperationen eine Möglichkeit dar, Einblicke in andere Kulturen, aber auch Problemlagen und Handlungskonzepte zu erhalten.

Eine nur marginale Bedeutung kommt Parteien, parteinahen Jugendorganisationen sowie den Kirchen und deren Jugendorganisationen als Vernetzungspartnern zu. Ebenso wurden Firmen und Wirtschaftsverbände nur in einigen Fällen in die Vernetzungsarbeit eingebunden. Hier liegen Potenziale, die Zielstellungen des Landesprogrammes auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen. Letztlich finden sich in den Sachberichten nur wenige Hinweise auf Kooperationen mit Medienpartnern und wissenschaftlichen Einrichtungen. Träger, die derartige Partnerschaften (MDR, Jugendzeitschriften) realisieren konnten, heben besonders hervor, dass Medienpartner eine wesentliche Ressource darstellten, die Projektarbeit in der Öffentlichkeit präsent zu halten und Projektinhalte und -aussagen einer breiten Zielgruppe zugänglich zu machen. Kooperationen mit wissenschaftlichen Einrichtungen (Hochschulen, Forschungsinstituten) unterstützten vor allem den fachlichen Input in die Projekte und trugen so zu einer qualitativen Verbesserung der Projektarbeit bei.

Insgesamt sind in den Sachberichten nur wenig direkte Aussagen zur Qualität der Vernetzung enthalten. Lediglich die Netzwerke zur Opferberatung artikulieren Defizite in der Zusammenarbeit mit lokalen Polizeidienststellen, deren Präventionsbeauftragten, Gerichten und der Staatsanwaltschaft, was die Träger auf ein mangelndes Interesse staatlicher Institutionen sowie eine geringe Akzeptanz des Projektansatzes zurückführen.

3.6 Nachhaltigkeit und Qualitätssicherung

Der Begriff der Nachhaltigkeit versteht sich im hier verwendeten Sinne als eine Strategie, welche die Zukunftsfähigkeit der Projekte und der Projektidee sicherstellt. Im Folgenden wird herausgestellt, welche Maßnahmen die Projektträger unternommen haben, um eine nachhaltige Entwicklung ihrer Projekte voranzubringen bzw. welche Probleme in diesem Kontext angesprochen wurden.

Gerade die Arbeit für Toleranz und Demokratie verbindet sich für viele Träger mit einem langwierigen und kontinuierlichen Arbeitsprozess. Aus diesem Selbstverständnis heraus konnten eine Vielzahl der Projekte lediglich Prozesse anstoßen, deren Wirkung im Gemeinwesen jedoch nicht unmittelbar messbar ist. Zudem liegt es in der Natur einer demokratisch verfassten Gesellschaft, dass es immer wieder Bestrebungen geben wird, die elementaren Werten zuwider laufen. In diesem Sinne gewinnt der Aspekt der Nachhaltigkeit hier eine besondere Bedeutung.

Interne Nachhaltigkeitsstrategien

Die kontinuierliche fachliche und methodische Weiterbildung der professionellen und ehrenamtlichen Mitarbeiter wird von vielen Projektträgern als Grundlage einer fundierten Arbeit gesehen. So wurden Workshops, Fortbildung, Supervisionen durchgeführt bzw. von Netzwerkpartnern in Anspruch genommen. Zusätzlich wenden viele Träger interne Feedback-Runden, den Austausch mit anderen Trainerinnen (auch bundesweit) und vereinzelt auch eine projektinterne Evaluation zur Qualitätssicherung und -entwicklung an. Fach- und Klausurtagungen tragen vor allem bei den größeren Projektträgern wesentlich zur Qualitätssicherung der Projekte bei, werden aber auch als kreativer Ideenpool zur Anpassung von Handlungsstrategien und methodischen Zugängen genutzt. Innerhalb einiger Projekte schlugen sich diese Maßnahmen in der Entwicklung projektinterner Qualitätsstandards sowie in Kooperationsvereinbarungen mit anderen Initiativen nieder, die die Projektarbeit zielorientierter, verlässlicher, aber vor allem kontrollierbar machten. Nur vereinzelt wurden in den Projekten komplette Evaluationszyklen institutionalisiert, die eine differenzierte Zielformulierung, die Entwicklung entsprechender Maßnahmen, den Abgleich der Ergebnisse mit den Zielen sowie die Rückbindung an die Projektkonzeption umfassten.

Vor allem für die Schulung von Teamern und Beratern wurde auch auf überregionale Weiterbildungsveranstaltungen zurückgegriffen. Dabei hat sich eine Kombination aus Kompakt- und Wochenendausbildung sowie ein möglichst zeitnaher erster Praxiseinsatz als effektiv erwiesen. Die Begleitung von Beratern und Teamern durch interne oder externe Supervision hat sich in der professionellen Arbeit mittlerweile zum Standard entwickelt. Hervorgehoben wurde jedoch, dass gerade der Zuwachs neuer, vor allem junger Mitarbeiter nur durch eine intensive und professionelle Reflexion der Arbeit Potenziale für die Weiterentwicklung der Projekte erschließt. Auffallend ist, dass nur wenige Träger die In-

halte ihrer Weiterbildungsveranstaltungen explizit auf die Interessen und Bedürfnisse der auszubildenden Multiplikatoren zuschnitten. Hier liegen Potenziale einer effektiveren Aus- und Weiterbildung.

Eine letzte Strategie der internen Qualitätssicherung bestand in der Aufteilung des Projektes in Arbeitsgemeinschaften, die sich unterschiedlichen Themen widmeten. Über die Wahl eines Sprechers wurde die Kommunikation zwischen den Arbeitsgruppen gesichert. Vereinzelt wurde auch die Zusammenstellung von Projekttag-Teams bewusst an der Zielgruppe sowie an den Stärken und Schwächen im Team orientiert. Teambetreuer übernahmen hier die Zusammenstellung der Gruppen, die Auswertung der Reflexionsbögen zu den durchgeführten Veranstaltungen und die Rückbindung der Ergebnisse in die Fortschreibung des Gesamtkonzeptes.

Externe Nachhaltigkeitsstrategien

Externe Nachhaltigkeitsstrategien beziehen sich zunächst stark auf die Multiplikatorwirkung der Projekte. Besonders die Einbindung junger Menschen in die Projektarbeit ist aus Sicht vieler Träger notwendige Voraussetzung, die Projektidee über die konkrete Projektarbeit hinaus weiter zu tragen. Neben Teamerschulungen geht es dabei aber viel umfassender um die Vermittlung von Wissen, was als Grundlage eines individuellen Engagements weiter gegeben werden muss. Vor allem bei Eltern und Lehrern wurden für einige Träger Defizite deutlich, rechtsorientierte Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen überhaupt wahrzunehmen, was entsprechende Interventionen über diese zwei wichtigen Sozialisationsinstanzen von vornherein ausschließt. In der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wurden aber auch solche Projekte bzw. Übungen herausgestellt, die zu einem großen Teil eine emotionale Lernebene ansprechen. Entgegen einem reinen Wissenstransfer würden hier individuelle Denk- und Erkenntnisprozesse besonders stark und nachhaltig stimuliert.

Die Nachhaltigkeit der Projekt wurde auch dadurch angestrebt, indem über weiterführende Literaturhinweise, pädagogische Arbeitsmaterialien oder Übungsbeispielen eine eigenständige Fortführung der Projektidee unterstützt wurde. Gerade bei prozessorientierten Lerninhalten, wie dem der Demokratieerziehung, ist eine solche Kontinuität sehr wertvoll. Sie entlastet nicht nur die Projektträger, indem beispielsweise Beratungsprozesse für Kommunen über Anschlussprojekte beendet werden konnten, sondern wirkt auch einer „Verinselung“ der Projekte entgegen. Allgemein wird der Entwicklung einer Infrastruktur für bürgerliches Engagement durch die Bereitstellung von Ansprechpartnern bei Problemen oder für weitere Projekte eine hohe Bedeutung beigemessen.

Nicht zuletzt trug auch die über eine Vernetzung der Projektträger angestrebte Koordination der Zusammenarbeit zur Nachhaltigkeit der Projekte bei. Über projektübergreifende, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit wurden Ergebnisse, Standpunkte, Aussagen aus der Pro-

jektarbeit sowie die Projekte selbst öffentlich wahrnehmbar. Die Projektträger erschlossen so eine weitere Möglichkeit, in der Gesellschaft Denkprozesse zu initiieren.

Probleme

Die Projektträger machen aber auch auf Probleme aufmerksam, die eine nachhaltige und qualitativ hochwertige Entwicklung der Projekte behindern. So sehen viele Projektträger zwar die Notwendigkeit von Supervisionen, externer Moderation, Weiterbildungen und Projektevaluation, waren aber auf der anderen Seite mit einer unsicheren Finanzsituation, bedingt auch die späte Mittelvergabe im Förderzeitraum 2005, konfrontiert, die keine längerfristige Planung ermöglichte. Eine dauerhafte Abhängigkeit von Fördermittelzusagen und Drittmittelfinanzierung bindet aus Sicht der Träger zudem viele Ressourcen. Allerdings werden kaum Initiativen unternommen, diesen Zustand (etwa über die Gründung eines Fördervereins, wie von RAA Sachsen initiiert) zu verändern. In der Folge konnten teilweise Projekt- und Trainingsangebote nicht realisiert werden bzw. wurde auf ein aktives Qualitätsmanagement innerhalb der Projekte verzichtet. Besonders im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung stellte die nur kurzfristige Planbarkeit der Angebote auch für die Öffentlichkeitsarbeit (Programmhefte) und den Zugang zur Zielgruppe ein wesentliches Problem dar und führte teilweise zu einem Einbruch in der Seminarnachfrage. Insgesamt ist die Mehrzahl der Projekte im geplanten Umfang auch zukünftig nur über eine Kofinanzierung aus dem Landesprogramm realisierbar.

Ein weiterer Problembereich eröffnete sich für die Projektträger aus gesellschaftlichen Umbruchprozessen. So führten aus Sicht der Träger die Tarifverhandlungen der Lehrer 2005 in Sachsen zu Absagen geplanter Projekte, den Abbruch von Kontakten zu Ansprechpartnern sowie allgemein zu einer geringen Motivation bei Lehrern, sich für zusätzliche Projekte an ihren Schulen zu engagieren bzw. Weiterbildungsangebote wahrzunehmen. Besonders im ländlichen Raum machten einige Träger zudem die Erfahrung, dass ehrenamtliche Partner aus Frustration über ihre persönlichen Lebensumstände ihr Engagement einstellten oder aber ihren Lebensmittelpunkt in andere Regionen verlagerten und so für die lokale Projektarbeit verloren gingen.

4 Fazit

Die über das Landesprogramm geförderten Projekte konnten gesellschaftliches Handeln motivieren und in weiten Teilen der Gesellschaft Prozesse anstoßen, sich mit Extremismus, rechter Ideologie, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auseinanderzusetzen. Zudem wurde die Kontinuität bestehender und oft langjährig erfolgreich arbeitender Initiativen und Projekte über das Landesprogramm sichergestellt.

In der Gesamtbetrachtung fallen jedoch räumliche Schwerpunkte der Projektträger auf, denen auf der anderen Seite weiße Flecken gegenüber stehen. Dies ist nicht prinzipiell problematisch. Es sollte aber hinterfragt werden, ob diese Schwerpunktsetzungen auch den allgemeinen Handlungsschwerpunkten und -erfordernissen entsprechen, die durch das Landesprogramm unterstützt werden sollen.

Thematisch gesehen orientierte sich die große Mehrzahl der Projekte auf das Thema Rechtsextremismus. Die Projektträger reagierten damit zum einen auf rechtsextremistischen Übergriffen bzw. auf die regionale Ausweitung und das Erstarren rechtsextremistischer Netzwerke. Deutlich im Hintergrund stehen bei den Trägern präventive Zugänge, die ein Grundverständnis der streitbaren Demokratie vermitteln und Partizipationsmöglichkeiten aufzeigen.

Überwiegend wurden Jugendliche als Zielgruppe der Projekte angesprochen. Die Projektträger konstatieren zwar für diese Zielgruppe einen besonderen Handlungsbedarf, da Jugendliche die nächste politisch einflussreiche Generation darstellen, aber auch besonders leicht durch rechte Ideologien beeinflussbar seien. Dabei tritt jedoch die Zielgruppe der Kinder, denen im Rahmen der politischen Sozialisation möglichst frühzeitig ein demokratisches Grundverständnis vermittelt werden sollte, aber auch die Zielgruppe der Erwachsenen und Alten, die zahlenmäßig den größten Anteil der Bevölkerung darstellen, in den Hintergrund.

Ein Problem stellt für alle Projektträger der Zugang zur Zielgruppe dar. Dies könnte ein Grund dafür sein, weshalb gerade Jugendliche angesprochen wurden, die über Bildungseinrichtungen oder Jugendtreffs relativ leicht erreichbar sind. Aber auch hier zeichnet sich eine Einseitigkeit ab, indem Projekte hauptsächlich an höheren Bildungseinrichtungen realisiert wurden. Die Arbeit an Haupt- und Mittelschulen sowie an Berufsschulen und Ausbildungseinrichtungen wurde in den Sachberichten nur vereinzelt explizit herausgestellt.

Bezogen auf die regionale Verteilung der Projekte liegt ein Schwerpunkt im Regierungsbezirk Dresden, das sowohl hinsichtlich der ausgeschütteten Fördersummen wie auch hinsichtlich der Anzahl der geförderten Projekte ein starkes Übergewicht besitzt. Zudem konzentrieren sich viele überregionale Projekte auf die großen Städte Leipzig und Dresden. Im Regierungsbezirk Chemnitz wurden dagegen die wenigsten Fördermittel eingesetzt. Es ist

anzunehmen, dass dies weniger auf einen fehlenden Handlungsbedarf in dieser Region sondern wesentlich auf eine fehlende Trägerstruktur zurückzuführen ist, was sich dann im Antragsverhalten zum Förderprogramm niederschlägt. So wurden allgemein im ländlichen Raum kaum Projekte realisiert. Hier liegt die Vermutung nahe, dass dort generell die Strukturen und das Wissen fehlen, Projekte über die Konzeption, die Antragsstellung bis hin zur Realisierung zu entwickeln. In diese Richtung deutet auch die Kritik einiger Träger, dass das Landesprogramm bei angefragten Kooperationspartnern unbekannt sei.

Neben der räumlichen Verteilung werden zwischen den Projekten aber auch starke Differenzen in den zur Verfügung gestellten Projektmitteln deutlich. So standen zwölf Projekten jeweils mehr als 30.000 Euro zur Verfügung, 24 Projekte konnten mit Mitteln im Bereich von 10.000 Euro bis 20.000 Euro wirtschaften, und 40 Projekten standen weniger als 10.000 Euro zur Verfügung. Damit waren 53 Prozent der Mittel des Landesprogramms mit den zwölf größten Projekten gebunden.

Weitere 34 Prozent der Mittel entfielen auf die 24 Projekte mit mittlerer finanzieller Ausstattung. Auf die mit 40 Projekten größte Anzahl geförderter Vorhaben entfallen lediglich 13 Prozent der Gesamtfördersumme.

Aus inhaltlicher Perspektive flossen 2005 ein beträchtlicher Teil der Fördermittel von insgesamt 297.804 Euro in die Förderung von Strukturprojekten, zu denen die Mobilen Beratungsteams, die Opferberatung und die Netzwerkstellen zählen.

Mit Blick auf die schnelle Abwicklung der Förderung im Jahr 2005 – bedingt durch den späten Haushaltsbeschluss – sind die vorgenannten Ungleichgewichtungen zu erklären. Es bleiben aber mittelfristig die Fragen zu klären,

- ob die Schwerpunktsetzung auf große Projektträger gewollt ist oder ob im Gegenzug eine höhere Diversität erreicht werden soll,
- ob die räumliche Schwerpunktsetzung auf die Städte und hier besonders die Großstädte gewollt ist oder ob nicht gerade der ländliche Raum verstärkt einbezogen werden sollte,
- ob die Fokussierung der Projektträger auf die Zielgruppe Schüler wegen der vergleichsweise leichten Erreichbarkeit weitergeführt werden soll oder ob man sich auch der Arbeit mit schwerer erreichbaren Zielgruppen verschreibt und
- ob man weiterhin einen wesentlichen Teil der zur Verfügung stehenden Mittel in Strukturen und damit Personalkosten steckt oder ob man zukünftig verstärkt auf Projekte setzt, die bei bereits bestehenden Organisationen mit bereits vorhandenem Personal angesiedelt sind.

5 Anhang

5.1 Übersicht der geförderten Projekte in 2005 nach Förderhöhe

Zur Verfügung stehende Fördermittel:	1,21 Millionen Euro
Eingereichte Anträge:	195
Antragsvolumen gesamt:	5.538.105 Euro
Abgelehnte Anträge:	119
Bewilligte Anträge:	76
Förderhöhe gesamt:	1.129.860 Euro

Kursiv gesetzte Projekte sind Strukturprojekte (Mobile Beratungsteams, Opferberater, Netzwerkstellen)

Projekte mit 30.000 Euro und mehr (12 Projekte)

	Projektträger	Projekttitel	Ort	Förderung
1	<i>Kulturbüro Sachsen e.V.</i>	<i>Mobile Beratungsarbeit</i>	<i>Dresden</i>	<i>101.440 €</i>
2	DGB-Jugend Sachsen/Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC)	Für Demokratie Courage zeigen	Dresden	83.781 €
3	Landessportbund Sachsen e.V.	Multiplikatorenschulungen	Leipzig	50.000 €
4	LandesArbeitsGemeinschaft Mädchen und Junge Frauen in Sachsen e.V.	Mädchen und Frauen für ein tolerantes Sachsen	Dresden	49.917 €
5	Sächsische Landeszentrale für politische Bildung	„Freiheit – Menschenwürde – Demokratie“ Veranstaltungen und Informationspaket	Dresden	48.000 €
6	Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG)	Ausstellung zur Geschichte der frühen Konzentrationslager im Freistaat Sachsen	Dresden	45.000 €
7	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)	Schülerprojekte	Dresden	45.000 €
8	<i>Netzwerk für demokratische Kultur e.V.</i>	<i>Koordinierungsarbeit Raum Wurzeln</i>	<i>Wurzeln</i>	<i>40.501 €</i>
9	<i>AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V.</i>	<i>Opferberatung</i>	<i>Görlitz</i>	<i>36.324 €</i>
10	Politischer Jugendring Dresden e.V.	IDEMOS – Jugendinitiative für ein demokratisches Sachsen	Dresden	34.950 €
11	<i>Aktion Zivilcourage e.V.</i>	<i>Netzwerkarbeit</i>	<i>Pirna</i>	<i>31.237 €</i>
12	Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V.	Gedankensprung! – Netzstelle und Bildungsangebote	Leipzig	30.000 €
			Summe:	596.150 €
			Anteil an Gesamtmitteln:	52,8%

Projekte von 10.000 bis unter 30.000 Euro (24 Projekte)

Projekträger	Projekttitel	Ort	Förderung
13 Netzwerk "Tolerantes Sachsen"	Netzwerkarbeit	Wurzen	25.500 €
14 Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.	Handlungsfähig gegen Rechtsextremismus und Rassismus - Multiplikatorentraining	Dresden	25.000 €
15 RAA Sachsen e.V.	Opferberatung	Dresden	21.328 €
16 Netzwerk Döbeln (c/o Treibhaus e.V.)	Vernetzung und Unterstützung von Antirassismuserbeit	Döbeln	20.360 €
17 Netzwerk Sachsen e.V.	Pilotprojekt "Schaufenster Dreiländereck"	Pirna	20.000 €
18 Stadt Leipzig	Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention	Leipzig	20.000 €
19 Ökumenisches Informationszentrum Dresden e.V.	Interkultureller und Interreligiöser Dialog zw. Christen und Muslimen	Dresden	20.000 €
20 Begegnungszentrum im Dreieck e.V.	Netzwerkstelle "Augen auf"	Großhennersdorf	19.800 €
21 Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V.	Fit zum Mit- und Einmischen	Chemnitz	18.500 €
22 Schultheater Dresden e.V.	So ein Theater mit der Demokratie	Dresden	17.137 €
23 Roter Baum e.V.	Beteiligung fördert Verständnis	Dresden	16.000 €
24 Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal	Mach mit. Marienthaler Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz	Ostritz	15.000 €
25 "Leipzig. Courage zeigen." e.V.	Konzert am Völkerschlachtdenkmal "Leipzig. Courage zeigen."	Leipzig	15.000 €
26 Schulmuseum - Werkstatt für Schulgeschichte Leipzig e.V.	Anne-Frank-Ausstellung	Leipzig	15.000 €
27 Stadt Löbau	Löbauer Initiative für Zivilcourage gegen Extremismus und Gewalt	Löbau	15.000 €
28 Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG)	Mahnmal im öffentlichen Stadtraum "Denkzeichen" Pirna mit Internetpräsentation	Pirna	15.000 €
29 Förderverein Dr. Margarete Blank e.V.	Stätten der Erinnerung - Auf den Spuren von NS-Verbrechen im Raum Leipzig	Leipzig	13.000 €
30 Verein zur Förderung alternativer Jugendarbeit e.V.	Netzwerkstelle zur Förderung von Projekten und Initiativen im Landkreis Riesa-Großhain	Großhain	11.500 €
31 Stadt Leipzig	Schule der Toleranz	Leipzig	10.000 €
32 Erich-Zeigner-Haus e.V.	Der Tisch	Leipzig	10.000 €
33 Regionales Bündnis Leipzig (Polizeidirektion Westsachsen)	Mit Grips gegen Gewalt	Leipzig	10.000 €
34 Stiftung Diakonische Jugendhilfe	Multiplikatorenschulung gegen Stammtischparolen	Dresden	10.000 €
35 Theaterpädagogisches Zentrum Sachsen e.V.	Nachgebohrt und drangeblieben - Schultheaterarbeit	Dresden	10.000 €

36	Stadt Pirna	Pirnaer Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage	Pirna	10.000 €
			Summe:	383.125 €
			Anteil an Gesamtmitteln:	33,9%

Projekte bis 10.000 Euro (40 Projekte)

	Projektträger	Projekttitel	Ort	Förderung
37	Stadt Löbau	Neue Heimat - fremdes Land? Begegnungstagung für Initiativen und Projekte	Löbau	9.000 €
38	Konsortium e.V.	Netzwerk zur Bekämpfung von Rechtsextremismus	Niesky	8.664 €
39	Gerede e.V.	Respekt beginnt im Kopf	Dresden	8.000 €
40	arche noVa e.V.	Eine Welt - Deine Welt	Dresden	7.500 €
41	Multikulturelles Zentrum Zittau e.V.	Erinnerung und Versöhnung	Zittau	7.300 €
42	Jugendring Sächsische Schweiz e.V.	Projekt "Jugendland"	Bad Schandau	7.000 €
43	Förderverein Jugend-, Kultur- und Sozial-zentrum Aue e.V.	dynamic power - Netzwerk für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	Aue	6.650 €
44	Kontakt- und Informationsbüro für präventive Kinder und Jugendarbeit	Gedenkkultur mit Jugendlichen - "Gewalt - ohne mich"	Zwickau	6.000 €
45	Landratsamt Freiberg	Diskussion von Jugendlichen zur historischen Auseinandersetzung mit Revanchismus und aktuellen Extremismusthemen	Freiberg	5.000 €
46	Bürger.Courage e.V.	Informationsveranstaltungen und Aktionsprojekte	Dresden	5.000 €
47	Stadt Großenhain	Demokratie - Erleben	Großenhain	5.000 €
48	Alternatives Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz e.V.	Seminare und Informationsveranstaltungen zum Thema Extremismus	Pirna	5.000 €
49	Steinhaus e.V.	Schulprojekt "Streetcolourz"	Bautzen	4.000 €
50	SJD - Die Falken	Demokratiewerkstatt	Dresden	4.000 €
51	Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V.	Brücken schlagen	Dresden	4.000 €
52	Oberlausitz - Neue Heimat e.V.	Aussiedlerprojekt	Löbau	4.000 €
53	Verein für Arbeitsförderung und Selbsthilfe e.V.	Mut zum Nein	Freital	4.000 €
54	HATIKVA - Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e.V.	Judentum erleben - Kindgerechte Erstbegegnung mit der jüdischen Kultur	Dresden	3.735 €
55	Stadt Weißwasser	Weißwasser gegen Rassismus	Weißwasser	3.500 €
56	Jugendring Sächsische Schweiz e.V.	Politische Bildungsarbeit	Pirna	3.500 €

57	Kontakt- und Informationsbüro für präventive Kinder und Jugendarbeit	Open-Air-Festival "Gewalt - ohne mich"	Zwickau	3.000 €
58	Interkulturelles Forum e.V.	Glaubenswelten in Leipzig. Religiöse Gemeinden von Zuwanderern.	Leipzig	3.000 €
59	Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.	Netzwerkstelle Brückenbau	Bautzen	3.000 €
60	Sächsischer Landesverband für soziale Rechtspflege e.V.	Seminare für Multiplikatoren in der nicht-staatlichen Straffälligenhilfe	Bautzen	3.000 €
61	Hafenstraße e.V.	Couragierte Bilder - Die Serie 2005	Meißen	3.000 €
62	Kraftwerk e.V.	Die Welt ist bunt	Chemnitz	2.900 €
63	Domowina - Bund Lausitzer Sorben e.V.	Rechtsextremismus auf dem Vormarsch	Bautzen	2.750 €
64	Kinderschutzbund Freiberg	Jeder kann was - keiner bleibt draußen	Freiberg	2.000 €
65	Jugendtheater Döbeln e.V.	Wende dein Gesicht der Sonne zu	Döbeln	2.000 €
66	Arbeitskreis für vergleichende Mythologie e.V.	Mythologie und Extremismus	Leipzig	2.000 €
67	Interessengemeinschaft Weinbergkirche e.V.	Weinbergreden	Dresden	2.000 €
68	Förderverein der Mittelschule am Burgteich e.V.	Rhythmen gegen Extremismus	Zittau	2.000 €
69	Landratsamt Weißeritzkreis	Schülerkongress im Weißeritzkreis zum Thema „Demokratie und Extremismus“	Dippoldiswalde	2.000 €
70	Große Kreisstadt Annaberg-Buchholz	Jugendkulturen im Austausch - Culture on the road	Annaberg-Buchholz	1.500 €
71	HELP - Zentrum für Sozial-, Bildungs- und soziokulturelle Arbeit und Gefährdetenilfe für Jugendliche und Heranwachsende e. V.	Förderung von Demokratie und Toleranz in Aue	Aue	1.461 €
72	Deutscher Frauenring "Oberlausitz" e.V.	Generationen miteinander - Lernen durch Begegnung	Löbau	1.300 €
73	Zwickauer Hilfe Zentrum e.V.	Ausstellung zum Thema "Sterilisation und Euthanasie während der Zeit des NS-Regimes in Zwickau und Umgebung"	Zwickau	1.000 €
74	Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V.	Weg der Erinnerung	Dresden	900 €
75	Eine Welt e.V.	Soziales Kompetenztraining gegen Vorurteile und Rassismus	Leipzig	575 €
76	Stiftung Leben und Arbeit Wilsdruff	Schülerkongress im Weißeritzkreis zum Thema "Demokratie und Extremismus"	Wilsdruff	350 €
			Summe:	150.585 €
			Anteil an Gesamtmitteln:	13,3%

5.2 Übersicht der geförderten Projekte in 2005 nach Regierungsbezirken

Zur Verfügung stehende Fördermittel:	1,21 Millionen Euro
Eingereichte Anträge:	195
Antragsvolumen gesamt:	5.538.105 Euro
Abgelehnte Anträge:	119
Bewilligte Anträge:	76
Förderhöhe gesamt:	1.129.860 Euro

Überregionale Projekte (16 Projekte)

	Projektträger	Projekttitel	Ort	Förderung
1	Kulturbüro Sachsen e.V.	Mobile Beratungsarbeit	Dresden	101.440 €
2	DGB-Jugend Sachsen/Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC)	Für Demokratie Courage zeigen	Dresden	83.781 €
3	Landessportbund Sachsen e.V.	Multiplikatorenschulungen	Leipzig	50.000 €
4	LandesArbeitsGemeinschaft Mädchen und Junge Frauen in Sachsen e.V.	Mädchen und Frauen für ein tolerantes Sachsen	Dresden	49.917 €
5	Sächsische Landeszentrale für politische Bildung	"Freiheit - Menschenwürde - Demokratie" Veranstaltungen und Informationspaket	Dresden	48.000 €
6	Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG)	Ausstellung zur Geschichte der frühen Konzentrationslager im Freistaat Sachsen	Dresden	45.000 €
7	AMAL - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V.	Opferberatung	Görlitz	36.324 €
8	Politischer Jugendring Dresden e.V.	IDEMOS - Jugendinitiative für ein demokratisches Sachsen	Dresden	34.950 €
9	Netzwerk "Tolerantes Sachsen"	Netzwerkarbeit	Wurzen	25.500 €
10	Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.	Handlungsfähig gegen Rechtsextremismus und Rassismus - Multiplikatorentraining	Dresden	25.000 €
11	RAA Sachsen e.V.	Opferberatung	Dresden	21.328 €
12	Netzwerk Sachsen e.V.	Pilotprojekt "Schaufenster Dreiländereck"	Pirna	20.000 €
13	Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal	Mach mit. Marienthaler Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz	Ostritz	15.000 €
14	Stadt Löbau	Neue Heimat - fremdes Land? Begegnungstagung für Initiativen und Projekte	Löbau	9.000 €
15	arche noVa e.V.	Eine Welt - Deine Welt	Dresden	7.500 €
16	Zwickauer Hilfe Zentrum e.V.	Ausstellung zum Thema "Sterilisation und Euthanasie während der Zeit des NS-Regimes in Zwickau und Umgebung"	Zwickau	1.000 €
Summe:				573.740 €

Lokale und regionale Projekte im Regierungsbezirk Chemnitz (9 Projekte)

Projektnummer	Projektträger	Projekttitel	Ort	Förderung
17	Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V.	Fit zum Mit- und Einmischen	Chemnitz	18.500 €
18	Förderverein Jugend-, Kultur- und Sozial-zentrum Aue e.V.	dynamic power - Netzwerk für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	Aue	6.650 €
19	Kontakt- und Informationsbüro für präventive Kinder und Jugendarbeit	Gedenkkultur mit Jugendlichen - "Gewalt - ohne mich"	Zwickau	6.000 €
20	Landratsamt Freiberg	Diskussion von Jugendlichen zur historischen Auseinandersetzung mit Revanchismus und aktuellen Extremismusthemen	Freiberg	5.000 €
21	Kontakt- und Informationsbüro für präventive Kinder und Jugendarbeit	Open-Air-Festival "Gewalt - ohne mich"	Zwickau	3.000 €
22	Kraftwerk e.V.	Die Welt ist bunt	Chemnitz	2.900 €
23	Kinderschutzbund Freiberg	Jeder kann was - keiner bleibt draußen	Freiberg	2.000 €
24	Große Kreisstadt Annaberg-Buchholz	Jugendkulturen im Austausch - Culture on the road	Annaberg-Buchholz	1.500 €
25	HELP - Zentrum für Sozial-, Bildungs- und soziokulturelle Arbeit und Gefährdetenhilfe für Jugendliche und Heranwachsende e. V.	Förderung von Demokratie und Toleranz in Aue	Aue	1.461 €
Summe:				47.011 €

Lokale und regionale Projekte im Regierungsbezirk Leipzig (14 Projekte)

Projektnummer	Projektträger	Projekttitel	Ort	Förderung
26	Netzwerk für demokratische Kultur e.V.	Koordinierungsarbeit Raum Wurzen	Wurzen	40.501 €
27	Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V.	Gedankensprung! - Netzstelle und Bildungsangebote	Leipzig	30.000 €
28	Netzwerk Döbeln (c/o Treibhaus e.V.)	Vernetzung und Unterstützung von Antirassismuserbeit	Döbeln	20.360 €
29	Stadt Leipzig	Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention	Leipzig	20.000 €
30	"Leipzig. Courage zeigen." e.V.	Konzert am Völkerschlachtdenkmal "Leipzig. Courage zeigen."	Leipzig	15.000 €
31	Schulmuseum - Werkstatt für Schulgeschichte Leipzig e.V.	Anne-Frank-Ausstellung	Leipzig	15.000 €
32	Förderverein Dr. Margarete Blank e.V.	Stätten der Erinnerung - Auf den Spuren von NS-Verbrechen im Raum Leipzig	Leipzig	13.000 €
33	Stadt Leipzig	Schule der Toleranz	Leipzig	10.000 €
34	Erich-Zeigner-Haus e.V.	Der Tisch	Leipzig	10.000 €

Projektträger	Projekttitel	Ort	Förderung
35 Regionales Bündnis Leipzig (Polizeidirektion Westsachsen)	Mit Grips gegen Gewalt	Leipzig	10.000 €
36 Interkulturelles Forum e.V.	Glaubenswelten in Leipzig. Religiöse Gemeinden von Zuwanderern.	Leipzig	3.000 €
37 Jugendtheater Döbeln e.V.	Wende dein Gesicht der Sonne zu	Döbeln	2.000 €
38 Arbeitskreis für vergleichende Mythologie e.V.	Mythologie und Extremismus	Leipzig	2.000 €
39 Eine Welt e.V.	Soziales Kompetenztraining gegen Vorurteile und Rassismus	Leipzig	575 €
Summe:			191.436 €

Lokale und regionale Projekte im Regierungsbezirk Dresden (37 Projekte)

Projektträger	Projekttitel	Ort	Förderung
40 Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)	Schülerprojekte	Dresden	45.000 €
41 Aktion Zivilcourage e.V.	Netzwerkarbeit	Pirna	31.237 €
42 Ökumenisches Informationszentrum Dresden e.V.	Interkultureller und Interreligiöser Dialog zwischen Christen und Muslimen	Dresden	20.000 €
43 Begegnungszentrum im Dreieck e.V.	Netzwerkstelle "Augen auf"	Großhennersdorf	19.800 €
44 Schultheater Dresden e.V.	So ein Theater mit der Demokratie	Dresden	17.137 €
45 Roter Baum e.V.	Beteiligung fördert Verständnis	Dresden	16.000 €
46 Stadt Löbau	Löbauer Initiative für Zivilcourage gegen Extremismus und Gewalt	Löbau	15.000 €
47 Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG)	Mahnmal im öffentlichen Stadtraum "Denkzeichen" Pirna mit Internetpräsentation	Pirna	15.000 €
48 Verein zur Förderung alternativer Jugendarbeit e.V.	Netzwerkstelle zur Förderung von Projekten und Initiativen im Landkreis Riesa-Großhain	Großhain	11.500 €
49 Stiftung Diakonische Jugendhilfe	Multiplikatorenschulung gegen Stammtischparolen	Dresden	10.000 €
50 Theaterpädagogisches Zentrum Sachsen e.V.	Nachgebohrt und drangeblieben - Schultheaterarbeit	Dresden	10.000 €
51 Stadt Pirna	Pirnaer Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage	Pirna	10.000 €
52 Konsortium e.V.	Netzwerk zur Bekämpfung von Rechtsextremismus	Niesky	8.664 €
53 Gerede e.V.	Respekt beginnt im Kopf	Dresden	8.000 €
54 Multikulturelles Zentrum Zittau e.V.	Erinnerung und Versöhnung	Zittau	7.300 €
55 Jugendring Sächsische Schweiz e.V.	Projekt "Jugendland"	Bad Schandau	7.000 €
56 Bürger Courage e.V.	Informationsveranstaltungen und Aktionsprojekte	Dresden	5.000 €
57 Stadt Großhain	Demokratie - Erleben	Großhain	5.000 €

Projektträger	Projekttitle	Ort	Förderung
58 Alternatives Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz e.V.	Seminare und Informationsveranstaltungen zum Thema Extremismus	Pirna	5.000 €
59 Steinhaus e.V.	Schulprojekt "Streetcolourz"	Bautzen	4.000 €
60 SJD - Die Falken	Demokratiewerkstatt	Dresden	4.000 €
61 Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V.	Brücken schlagen	Dresden	4.000 €
62 Oberlausitz - Neue Heimat e.V.	Aussiedlerprojekt	Löbau	4.000 €
63 Verein für Arbeitsförderung und Selbsthilfe e.V.	Mut zum Nein	Freital	4.000 €
64 HATIKVA - Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e.V.	Judentum erleben - Kindgerechte Erstbegegnung mit der jüdischen Kultur	Dresden	3.735 €
65 Stadt Weißwasser	Weißwasser gegen Rassismus	Weißwasser	3.500 €
66 Jugendring Sächsische Schweiz e.V.	Politische Bildungsarbeit	Pirna	3.500 €
67 Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.	Netzwerkstelle Brückenbau	Bautzen	3.000 €
68 Sächsischer Landesverband für soziale Rechtspflege e.V.	Seminare für Multiplikatoren in der nicht-staatlichen Straffälligenhilfe	Bautzen	3.000 €
69 Hafenstraße e.V.	Couragierte Bilder - Die Serie 2005	Meißen	3.000 €
70 Domowina - Bund Lausitzer Sorben e.V.	Rechtsextremismus auf dem Vormarsch	Bautzen	2.750 €
71 Interessengemeinschaft Weinbergkirche e.V.	Weinbergreden	Dresden	2.000 €
72 Förderverein der Mittelschule am Burgteich e.V.	Rhythmen gegen Extremismus	Zittau	2.000 €
73 Landratsamt Weißeritzkreis	Schülerkongress im Weißeritzkreis zum Thema „Demokratie und Extremismus“	Dippoldiswalde	2.000 €
74 Deutscher Frauenring "Oberlausitz" e.V.	Generationen miteinander - Lernen durch Begegnung	Löbau	1.300 €
75 Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V.	Weg der Erinnerung	Dresden	900 €
76 Stiftung Leben und Arbeit Wilsdruff	Schülerkongress im Weißeritzkreis zum Thema "Demokratie und Extremismus"	Wilsdruff	350 €
Summe:			317.673 €

5.3 Durch das Landesprogramm kofinanzierte Projekte

Bundesmitten Civitas / Entimon: 1.121.621 €

sonstige Bundesmitten: 92.554 €

EU-Mitten: 16.700 €

Weltoffenes Sachsen: 387.476 €

Projekttträger	Projekttitel	Weltoffenes Sachsen	Bundesmitten (Civitas/Entimon)
Förderverein Jugend-, Kultur- und Sozialzentrum Aue e.V.	dynamic power - Netzwerk für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	6.650 €	31.978 €
Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.	Netzwerkstelle Brückenbau	3.000 €	29.000 €
Jugendring Sächsische Schweiz e.V.	Politische Bildungsarbeit	3.500 €	23.750 €
Begegnungszentrum im Dreieck e.V.	Netzwerkstelle "Augen auf"	19.800 €	34.100 €
Multikulturelles Zentrum Zittau e.V.	Erinnerung und Versöhnung	7.300 €	37.100 €
Konsortium e.V.	Netzwerk zur Bekämpfung von Rechtsextremismus	8.664 €	31.200 €
Aktion Zivilcourage e.V.	Netzwerkarbeit	31.237 €	51.651 €
Hafenstraße e.V.	Couragierte Bilder - Die Serie 2005	3.000 €	30.718 €
Netzwerk für demokratische Kultur e.V.	Koordinierungsarbeit Raum Wurzten	40.501 €	36.539 €
Netzwerk Döbeln (c/o Treibhaus e.V.)	Vernetzung und Unterstützung von Antirassismuserbeit	20.360 €	29.658 €
Verein zur Förderung alternativer Jugendarbeit e.V.	Netzwerkstelle zur Förderung von Projekten und Initiativen im Landkreis Riesa-Großenhain	11.500 €	18.310 €
Schultheater Dresden e.V.	So ein Theater mit der Demokratie	17.137 €	39.434 €
"Leipzig. Courage zeigen." e.V.	Konzert am Völkerschlachtdenkmal "Leipzig. Courage zeigen."	15.000 €	20.000 €
AMAL - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V.	Opferberatung	36.324 €	149.298 €
RAA Sachsen e.V.	Opferberatung	21.328 €	142.543 €
Kulturbüro Sachsen e.V.	Regionale Mobile Beratungsarbeit	101.440 €	308.660 €
Netzwerk Sachsen e.V.	Pilotprojekt "Schaufenster Dreiländereck"	20.000 €	67.683 €
HATIKVA - Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e.V.	Judentum erleben - Kindgerechte Erstbegegnung mit der jüdischen Kultur	3.735 €	40.000 €
Gesamt		370.476 €	1.121.621 €

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei

Verantwortlich:

Katrin Träger, Regierungssprecherin

Redaktion:

Andreas Beese

Michael Fücker

Matthias Vorhauer

Sven Zimmermann

Titelbild:

Franziska Pinkert

Fotowettbewerb „Vielfalt im Fokus“ 2006

Stand:

Oktober 2006